

EUROPA-MAGAZIN

Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

4/1994

**"Wenn wir es mit den Besten der Welt
aufnehmen wollen, ...!"**

(aus einem Arbeitsdokument des Europäischen Gewerkschaftsbundes)

Dossier "Gewerkschaften"

Zu Gast: Hans Baumann, Gewerkschaft Bau und Industrie
"Deregulierung oder Re-Regulierung?"

Interview: Karl Schmitz, DGB, Düsseldorf

Kurzinfos

Wirtschaft, Frauen, Verschiedenes

Vereinsinternes

Der neue Name

Inhaltsverzeichnis

Dossier Gewerkschaften

Deregulierung oder Re-Regulierung?	1
Interview mit Karl Schmitz, Düsseldorf	4
Die Gewerkschaften und die EU	8
Bücher Gewerkschaften	9

Europa allgemein

PCP-Errungenschaft für die Umwelt?	12
Otto F. Walter zum Gedenken	13
Schon wieder ein Eintrittspreis? Forschung	14
Demokratie in der EU und in der CH	15
EU-Gerichtsentscheid zum Rentenalter	17
Kurzinfos Wirtschaft	18
Kurzinfos Frauen-Pressedienst	20
Kurzinfos Verschiedenes	20

Partie francophone

drapeaux qui flottent	23
encore un prix d'entrée? recherche	24

Vereinsinternes

25

edito

"Wenn Europa den Wettbewerb mit den Besten der Welt aufnehmen will. ..." dann braucht es die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen, heisst es beim Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel.

Die Gesellschaft und die Menschen sollen in den Dienst einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft gestellt werden. Arbeit als Lebensäusserung konkreter Menschen mit sozialen Bindungen, individuellen und kollektiven Bedürfnissen und Interessen gibt es unter diesen Bedingungen nicht mehr. Die Wirtschaft als eine Äusserung der Gesellschaft, die der Sicherung der materiellen Grundlagen für uns alle dient, soll von einer fiktiven sozio-ökonomischen Einheit aller, die in einer Grossregion leben, abgelöst werden.

Hans Jonas forderte in seinem Buch "Das Prinzip Verantwortung", dass alle (Parlaments)-Entscheide durch einen Expertenrat auf ihre ökologische Verträglichkeit hin geprüft werden. Ebenso wird die Unterwerfung der Gesellschaft unter die Wirtschaft konsequenterweise zur Forderung nach der Einsetzung eines ökonomischen Expertenrates mit all seinen Folgen für die Demokratie führen.

Eine solche Entwicklung gilt es zu verhindern. Wo sind aber die dafür nötigen politischen Kräfte zu finden, wenn Arbeitgeber-Organisationen und der Europäische Gewerkschaftsbund am gleichen Strick ziehen?

Alex C. Bauert

Impressum

Herausgeber: Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion

Alex C. Bauert Paul Ruppen
01-432 80 17 031-731 29 14

Redaktionsadresse:

Europa-Magazin Pf 1883, 8048 Zürich
fax 01-432 80 17

Druck: S + Z Print, 3902 Glis

Auflage: 3100

Erscheinungsweise: 8 mal jährlich

Jahrgang 2, Nr. 6, 8.11.1994

Abonnement: 30.- (im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

Verkaufspreis: 4.-

Redaktionsschluss: 18. November

Hauptthema der nächsten Nummer: 2 Jahre danach:
EWR-Nein 1992.

Beiträge zu diesem oder anderen Themen sind erwünscht. Kürzungen behalten wir uns vor.

Nei til EU

Die Herausgabe des Europa-Magazins kostet. Wenn Sie denken, dass unsere Tätigkeit nützlich ist oder dass wir einen Beitrag zur bitternotigen Europa-Diskussion leisten, möchten wir Sie bitten, ein Abonnement zu bezahlen oder Mitglied des Forums zu werden.

Im übrigen möchten wir all jenen herzlich danken, die uns bisher unterstützten.

Nei til EU

Die soziale Dimension nach Maastricht:

Deregulierung oder "Re-regulierung"?



Mit der schrittweisen Verwirklichung des Binnenmarktes haben die regionalen und sozialen Unterschiede in Europa zugenommen und die Tendenz zur Deregulierung und zum Sozialabbau ist in den europäischen Staaten in- und außerhalb der Europäischen Union allgegenwärtig. Die heute bestehenden, nationalstaatlichen Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht sind so verschieden, dass ohne eine Harmonisierung bzw. ohne europaweit gültige Vereinbarungen die Tendenz des Sozialdumpings zunimmt und die Arbeitnehmerseite zugunsten der Kapitaleseite geschwächt wird. Damit bestätigt sich auch die Entwicklung in Richtung eines Binnenmarktes, der den Arbeitgebern als eine Art Menükarte zur Verfügung steht, aus der sie das jeweils für sie günstigste Angebot auswählen bzw. die für sie profitabelste Kombination verschiedener arbeits- und sozialrechtlicher Bestimmungen zusammenstellen können. Dadurch kommen die bisher erzielten, sozialpolitischen und kollektivvertraglichen Erfolge in den einzelnen europäischen Ländern immer mehr unter Druck.

Von unserem Gast Hans Baumann

Die soziale Dimension spielte bei der Gründung der EWG nur eine marginale Rolle und wurde nicht als eigenständiges Aufgabengebiet begriffen. Zwingende Einzelschriften für eine EG-Sozialpolitik gab es vor 1985 deshalb nur ganz wenige, z.B. über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer. Erst zu Beginn der siebziger Jahre gab es eine Art "sozialen Frühling", der im sekundären Gemeinschaftsrecht einige wichtige Fortschritte brachte, wie z.B. gewisse Mitspracherechte der Arbeitnehmenden bei Massenentlassungen, Firmenübernahmen und Konkursen sowie die Gleichbehandlung von Männern und Frauen.

Was brachte der Maastrichter Vertrag?

Mit dem Binnenmarktprojekt der EG-Kommission Mitte der achtziger Jahre änderte sich die Situation noch nicht entscheidend: Das Binnenmarktprogramm mit dem wirtschaftsliberalen Konzept der "vier Freiheiten" und die durch den Europäischen Gerichtshof eingeführte Regel der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Normen ("Cassis de Dijon") brachten eine europaweite Deregulierung und eine Verstärkung des Wettbewerbs mit sich. Mit der Einheitlichen

Zu Gast: Manche sprechen vom Dialog in der Europafrage, wir führen ihn. Unter der Rubrik "zu Gast" laden wir BefürworterInnen des EU-Betrittes der Schweiz ein, die von ihrer sonstigen politischen Einstellung her mit den Zielen des Forums viele Gemeinsamkeiten haben. Damit tatsächlich ein Dialog stattfindet, nehmen wir von der Redaktion in der jeweiligen Nummer Stellung zu den Meinungen der Gäste. Wir denken allerdings, dass Gäste das Recht aufs letzte Wort haben sollten und gewähren diesen deshalb die Möglichkeit, sich in der folgenden Nummer zu unseren Fragen, Zweifeln und Einwänden nochmals zu äussern.

Europäischen Akte von 1986 kamen aber nur einige wenige sozialpolitische Neuerungen, die dem zunehmenden Wettbewerbsdruck des Binnenmarkts kaum ein Gegengewicht entgegensetzen konnten.

Aufgrund des Drucks der Gewerkschaften, des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses legte die Kommission 1988 jedoch eine Gemeinschaftscharta über die Grundrechte der Arbeitnehmer und ein Aktionsprogramm zu deren Umsetzung vor. Schließlich ist dann im Maastrichter Vertrag vor allem das Protokoll über die Sozialpolitik und das dazugehörige Abkommen übriggeblieben, das von elf Staaten (ohne Großbritannien) unterzeichnet wurde. Die darin enthaltenen, wichtigsten Neuerungen sind:

H. Baumann ist Ökonom und stellvertretender Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau & Industrie. Vor kurzem hat er am Europainstitut in Basel seine Diplomarbeit abgeschlossen, die sich kritisch mit der Sozialpolitik in Europa auseinandersetzt: "Von nationalstaatlichen zu europäischen Arbeits- und Sozialbeziehungen? Möglichkeiten und Grenzen der sozialen Dimension in Europa nach Maastricht - am Beispiel der Bauwirtschaft", Diplomarbeit am Europainstitut Basel, August 1994. Die 90-seitige Arbeit kann fotokopiert bezogen werden bei: GBI-Zentralsekretariat, Postfach, CH-8021 Zürich. Eine auf ca die Hälfte gekürzte Fassung erscheint im Dezember 1994 in den "Basler Schriften zur europäischen Integration" und kann bezogen werden bei: Europainstitut Basel, Postfach 1310, CH-4001 Basel.

- o Die Union erhält eine Ermächtigungsgrundlage, um nicht nur bei der Arbeitsumwelt sondern auch bei den Arbeitsbedingungen, den Informationsrechten der Arbeitnehmer, der Chancengleichheit und bei Eingliederungsmassnahmen Mindestvorschriften mit *qualifiziertem* Mehr zu erlassen.
- o In folgenden Bereichen kann der Rat weiterhin nur *einstimmig* beschließen: Soziale Sicherheit, Schutz bei Beendigung des Arbeitsvertrages, kollektive Vertretung und Mitbestimmung, Arbeitsbedingungen für Staatsangehörige aus Drittstaaten, Beschäftigungsförderung.

Weiterhin von gemeinschaftlichen Regelungen explizit ausgeschlossen bleiben wichtige Bereiche des Arbeitsrechts, wie Lohnbedingungen, Koalitionsrecht, Streikrecht und Aussperrungsrecht.

Die Rolle der Sozialpartner

Eine besondere Rolle kommt im Protokoll den Sozialpartnern zu. So hat die Kommission die Sozialpartner zur generellen Ausrichtung einer Initiative anzuhören, *bevor* sie Vorschläge im Bereich der Sozialpolitik unterbreitet und nochmals zu den inhaltlichen und rechtlichen Fragen *nachdem* sie einen genaueren Vorschlag ausgearbeitet hat. Bei dieser Anhörung können die Sozialpartner der Kommission mitteilen, ob sie zum gleichen Sachverhalt in Verhandlungen treten und mittels Sozialem Dialog eine Vereinbarung abschließen wollen. Für diesen Prozeß haben die Sozialpartner neun Monate Zeit. Falls diese Frist nicht genutzt wird, behält sich die Kommission eigene Schritte nach dem üblichen Rechtsetzungsverfahren vor.

Die erweiterten Befugnisse der Union in der Sozialpolitik, das qualifizierte Mehr bei einem Teil der Bereiche sowie v.a. die neuen Rechte der Sozialpartner stellen Fortschritte im Maastrichter Vertrag dar. Negativ zu werten ist, dass wichtige Bereiche des privaten und des kollektiven Arbeitsrechts ausgeklammert bleiben.

Keine Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme

Da für eventuelle Rechtserlasse im Ministerrat Einstimmigkeit erforderlich wäre, bleibt auch das ganze Sozialversicherungswesen *faktisch* im Hoheitsbereich der Mitgliedstaaten. Bezüglich der Harmonisierung der Sozialversicherungssysteme sind von der EU-Kommission deshalb bis heute nur unverbindliche Empfehlungen erlassen worden. Dies ist angesichts der großen Divergenzen innerhalb Westeuropas heute schon ungenügend. Die Intensivierung der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und die Beitrittskandidaturen Ungarns und Polens zur Europäischen Union verleihen der Diskussion um die sozialen Divergenz und das Sozialdumping jetzt noch eine ganz neue Dimension.

Gewerkschaftliche Organisationsdefizite

Eine weitere Schwierigkeit, welche dem Ziel einer sozialen Konvergenz im Wege steht, sind die "immanenten Schranken" einer gemeinsamen Sozialordnung: Die Sozial- und Arbeitsstrukturen sind bis heute sehr national (oder sogar regional) ausgerichtet und auf diese Ebene konzentriert. Auf europäischer Ebene besteht ein grosses Organisationsdefizit wie auch Legitimationsprobleme. Die Arbeitgeberverbände sträuben sich zudem nach wie vor gegen europäische Vereinbarungen. Es ist deshalb fraglich, ob die rechtlichen Möglichkeiten der Maastrichter Verträge in absehbarer Zeit überhaupt ausgeschöpft werden können und ob sie insbesondere auch in Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion ausreichen, um die sozialen Probleme in Europa zu lösen.

Eine Schlußfolgerung aus den dargestellten Problemen ist die, dass die organisatorische Zersplitterung der Gewerkschaften auf europäischer Ebene überwunden werden muss. Dies nicht nur zur Verstärkung der Lobby in Brüssel, sondern vor allem auch um die Chancen für wirklich effektive und durchsetzbare sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen auf Branchen- oder Betriebsebene zu erhöhen. Innerhalb des EGB wurden bereits wichtige Schritte unternommen, in dem heute die meisten Richtungsgewerkschaften, also sozialistische, christliche und exkommunistische Verbände unter dem europäischen Dach vereint sind.

Mittel- und Osteuropa

Eine grosse Lücke, die es in den nächsten Jahren möglichst rasch zu eliminieren gilt, stellen die mittel- und osteuropäischen Gewerkschaftsverbände dar. Im Zuge des Abschlusses von Europa-Verträgen mit den Visegrad-Staaten, den Beitrittsgesuchen von Polen und Ungarn zur EU, der Expansion westeuropäischer Konzerne gegen Osten sowie der zunehmenden Bedeutung der legalen und illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften aus diesen Ländern wird die Zusammenarbeit mit den zuständigen Branchengewerkschaften in diesen Ländern immer wichtiger.

Europäisches Arbeitnehmerbewusstsein

Die Stärkung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den Konzernen darf sich nicht auf die Ebene der Funktionäre oder der europäischen Branchensekretariate beschränken, so wichtig diese auch ist. Ohne den Aufbau eines "europäischen Arbeitnehmerbewusstseins" und einer Machtbasis in den Betrieben sind die Gewerkschaften nicht imstande, ihre Interessen auf europäischer Ebene wirklich durchzusetzen und ein gewisses Machtgleichgewicht zu den Arbeitgebern herzustellen. Die Gewerkschaften haben beim europäischen Lobbying immer einen gewissen Rückstand auf die Arbeitgeberseite, da sie niemals über die gleichen personellen und finanziellen Ressourcen verfügen

können wie die Arbeitgeber, wenn sie sich nicht wie in einzelnen Mitgliedstaaten eine institutionell besser verankerte Mitsprache gesichert haben.

Dieser Rückstand kann nur durch den Aufbau eines Machtpotentials in den Betrieben wettgemacht werden. Denkbar sind z.B. europaweite Kampagnen in einzelnen transnationalen Unternehmungen mit dem Ziel, die Arbeitnehmer für eine effektive, europaweite Arbeitnehmervertretung zu mobilisieren. Eine solche Mobilisierung könnte die Arbeitnehmerseite organisatorisch stärken und überdies die Arbeitgeberseite dazu zwingen, ihre Repräsentativität und Legitimität ebenfalls zu verbessern, was für den sozialen Dialog und den Abschluß branchenweiter Abkommen förderlich wäre. Nur mit einem Ausbau der Sozial- und Arbeitsbeziehungen und mit einer gewissen Reregulierung auf europäischer Ebene kann die soziale Dimension des Binnenmarktes und erst recht die soziale Dimension innerhalb einer zukünftigen Wirtschafts- und Währungsunion in Europa garantiert werden.

Schweiz und Europa aus gewerkschaftlicher Sicht

Die in diesem Beitrag bezüglich der Sozialpolitik und der Sozialen Dimension des Maastrichter Vertrages deutlich werdende, "europessimistische" Sicht soll keineswegs den Eindruck erwecken, dass es für die Arbeitnehmenden derjenigen Länder, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union sind, vorteilhafter wäre, der Union fernzubleiben und bezüglich der Sozial- und Arbeitspolitik einen eigenen Weg einzuschlagen. Dies betrifft diejenigen EFTA-Staaten, die dieses Jahr noch über den Beitritt abstimmen, die Schweiz oder auch die ökonomisch fortgeschritteneren Länder Mittel- und Osteuropas.

Internationale Verflechtung und Sozialabbau

Die Sozial- und Arbeitsbeziehungen in Europa werden je länger je weniger von nationalstaatlichen Grenzen respektiert. Die Tendenz zum Sozialabbau, zur Umverteilung und zur Derregulierung der Arbeitsbeziehungen ist ein gesamteuropäisches Phänomen, dem sich kaum ein Land oder ein Wirtschaftssektor entziehen kann. Mit der Umsetzung der Uruguay-Runde des GATT bzw. der Einführung des GATTs und der neuen Übereinkunft für das öffentliche Beschaffungswesen werden die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten noch verstärkt. Damit wird es immer nötiger, auch bei den Sozial- und Arbeitsbeziehungen supranationale Lösungen anzustreben, um dem Sozialdumping etwas entgegenzusetzen.

Die totale Abschottung eines Landes bezüglich der Dienstleistungs- und Personenfreizügigkeit wäre weder wünschenswert noch auf die Dauer überhaupt realisierbar. Dies trifft insbesondere für ein Land wie die Schweiz zu, wo der Anteil des Aussenhandels ungefähr die Hälfte des Bruttosozialproduktes ausmacht und die

wirtschaftliche Abhängigkeit von den Ländern der Europäischen Union unüberschbar ist.

Gewerkschaftliches Ja zum EU-Beitritt

Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, der zunehmende Zwang zu supranationalen Problemlösungen und insbesondere auch die Tatsache, dass angesichts des verschärften Wettbewerbs um Unternehmensstandorte soziale Errungenschaften nur gemeinsam zusammen mit den gewerkschaftlichen Organisationen anderer Länder erhalten bzw. ausgebaut werden können, haben die Schweizer Gewerkschaften wie auch die Gewerkschaften in anderen EFTA-Staaten früh dazu bewogen, sich klar für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und mittelfristig für einen EU-Beitritt einzusetzen, mit dem Ziel am Aufbau eines offenen, demokratischen, sozialen und umweltfreundlichen Europas mitzuarbeiten. Sofern dieses Jahr mit Österreich auch noch Schweden, Finnland und Norwegen der EU beitrifft und damit der EWR obsolet wird, gibt es für die Schweizer Gewerkschaften ohnehin nur noch die Option eines möglichst raschen Beitritts zur EU.



Aussenseiterposition der Schweiz

Bezüglich der Sozial- und Arbeitsbeziehungen hat die vom Bundesrat verfolgte Option des "Bilateralismus" bisher zu einer weiteren Polarisierung und Verhärtung beigetragen, da die Aussenseiterposition der Schweiz für viele Unternehmungen eher eine schwierigere Position im internationalen Standortwettbewerb darstellt oder in Zukunft darstellen wird. Die jüngste Rezession hat das ihrige dazu beigetragen, dass auch in der Schweiz traditionelle Errungenschaften der Sozialpartnerschaft in Frage gestellt worden sind. Die Schweizer Gewerkschaften haben deshalb allen Grund, sich für eine Überwindung des Status quo einzusetzen und gemeinsam mit anderen interessierten Organisationen an einer neuen, soliden und konsensfähigen Integrationsstrategie mitzuarbeiten. Für die Gewerkschaftsarbeit gegenüber den europäischen Partnern selbst heisst das, noch mehr als bis anhin die Zusammenarbeit in Europa und über Europa hinaus zu suchen und insbesondere auf eine bessere Koordination der Tarif- und Sozialpolitik zwischen den verschiedenen europäischen Ländern hinzuarbeiten. ■



"Wenn sich die EuropäerInnen rundum einigen, braucht die Schweiz nicht Mitglied zu sein."

"Die Schweizer haben einen großen Nachteil, sie wollen immer mitentscheiden."

Die Einführung von Betriebsräten war aus Sicht der EU-Gewerkschaften ein großer Erfolg. Das Europa-Magazin wollte mehr zur Situation der Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in der EU wissen und hat mit dem Vorstandsmitglied des deutschen Gewerkschaftsbundes Karl Schmitz, der zudem ArbeiterInnenvertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU ist, am 27. September 94 in Düsseldorf ein Gespräch geführt.

Karl Schmitz spricht sich für die Einheit der Unternehmern und ArbeiterInnen in den EU-Staaten aus, um im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsregionen bestehen zu können und die hiesigen sozialen Errungenschaften erhalten zu können. Die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen hieße für die Arbeitgeber, sich Standortvorteile in Form von motivierten ArbeiterInnen zu schaffen. Die Wirtschaft sei zudem sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Ein innergemeinschaftlicher Poker um Standortvorteile bestehe auf Grund der europäischen Tradition "Gleiche Rahmenbedingungen für alle" nicht. ax.



Die soziale Architektur Europas

Europa Magazin:

Heute gibt es in der EU einen "Sozialen Dialog" zwischen den Sozialpartnern. Im Arbeitsdokument der Europäischen Gewerkschaften "Die soziale Architektur Europas auf dem Prüfstand" steht, dass dieser Dialog den ersten Schritt in Richtung EU-weiter Tarifverhandlungen darstellen soll.

Karl Schmitz: Die Gewerkschaften möchten europäische Tarifverhandlungen. Doch bevor wir Deutschen die Tarifverhandlungen europäisieren, muss es für uns einen Mehrwert bringen. Zudem muss ein spezifischer europäischer Bedarf bestehen. Europäische Tarifverhandlungen wird es in absehbarer Zeit nur im Bereich der transeuropäischen Konzerne geben. Mit der Richtlinie zum europäischen Betriebsrat haben wir die dafür nötige europäische Struktur der Arbeitnehmervertretung.

Bei einem europaweit produzierenden Konzern wird Druck seitens der Belegschaft entstehen, damit die Löhne und die Arbeitsbedingungen angeglichen werden. Wenn alle die gleiche Produktivität haben, manche aber dreimal soviel Lohn bekommen, wird dies auf die Dauer nicht akzeptiert. Die betroffenen Gewerkschaften werden zuerst mit diesen europaweit produzierenden Konzernen verhandeln. Die dort erzielten Ergebnisse wird die Konkurrenz zwischen den

Arbeitgebern auf dem Arbeitsmarkt verschärfen und damit zu einer Angleichung führen. Das ist eine Entwicklung, die wir aus der Geschichte auf der nationalen Ebene kennen.

EM: Die Betriebsratbestimmungen betreffen nur knapp 4 % von 120 Mio. ArbeitnehmerInnen. Was ist mit den anderen?

KS: 4 % sind absolut eine ganze Menge. In den EU-weit agierenden Unternehmen haben die Gewerkschaften eine gewisse Machtposition. Die dort entstehende Dynamik wird auf andere, auch kleine und mittlere Betriebe ausstrahlen.

EM: Wird es zu einer Angleichungen der Gehälter und Arbeitsbedingungen in der EU kommen?

KS: Es wird in diese Richtung gehen. So zahlt z.B. Volkswagen in Spanien in Form von freiwilligen Zusatzmassnahmen erheblich mehr als ein spanisches Unternehmen. Die Angleichung der Arbeitsbedingungen betrifft übrigens nicht nur die Löhne, sondern auch den Arbeitsschutz und die Arbeitsverträge.

Sozialdumping und Sklaverei

EM: Stichwort Sozialdumping. Firmen entlassen ArbeiterInnen und gründen in EU-Staaten mit geringeren Schutz- und Lohnniveaus neue Unternehmen, die juristisch unabhängig sind. Diese entsenden dann Angestellte in das Ursprungsland, um Aufträge auszuführen. Dabei gelten die Arbeitsbedingungen des Landes, wo das Tochterunternehmen angesiedelt ist.

KS: Die Entsenderichtlinie, die das bisher geregelt hat, sieht vor, dass ein Arbeitnehmer einen Monat lang in einem anderen Land zu den Bedingungen seines Ursprungslandes arbeiten darf. Diese Frist kritisieren wir als viel zu lange. Mißbrauch wird damit

insbesondere im Baugewerbe getrieben, wo viele Handlangerdienste geleistet werden. Die Arbeiter kommen immer wieder für drei Wochen und im Baugewerbe genügt dies, um produktiv zu sein.

Was die illegale Arbeit angeht, steht es mit polnischen Arbeitern in Deutschland noch viel schlimmer. Was da läuft, ist Sklaverei.

Marktwirtschaft heisst Dezentralisierung

EM: Im Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" steht "Marktwirtschaft heisst Dezentralisierung" und "Dezentralisierung ist auch das Prinzip nach dem der Umbruch in der Gesellschaft stattfindet ..." Teilen Sie diese Ansicht, insbesondere was die Wirtschaft ...

KS: Ich weiß nicht, ob das so im Weißbuch steht, das ist jetzt Wurst...

EM: Ich kann es Ihnen schnell zeigen.¹

KS: Lassen wir das. Aber ich kann Ihnen sagen, was dahinter steht. Auf Konzernebene gibt es eine Zentralisierungstendenz strategischer Entscheidungen, deswegen wollen wir auch diesen europäischen Betriebsrat. Auf der organisatorischen Ebene wird demgegenüber dezentralisiert, weil man anders komplexe Organisationsprobleme nicht lösen kann. So wie Sie das gesagt haben, kann ich das nicht akzeptieren, weil das einfach falsch ist.

Ein Entwicklung bei der völlig gleichgültig ist, was die Gewerkschaften davon halten

EM: Bei der Zentralisierung von strategischen Entscheidungen entsteht ein Demokratiedefizit, da laut Weißbuch viele Aufgaben Privaten übergeben werden sollen. Diese entscheiden dann. Dies dürfte besonders in der Telekommunikation problematisch sein ...

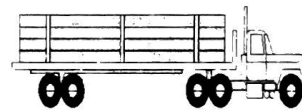
KS: Wir sind Zeugen einer Entwicklung, bei der ich fürchte, dass es völlig gleichgültig ist, was die Gewerkschaften davon halten. Denn beim Privatisieren sind riesige Geschäfte zu machen. Wir vom DGB wollen im Prozeß der Industriepolitik als Partner akzeptiert werden. Wenn der Staat sich schon herauszieht, soll er zumindest als Moderator tätig sein und versuchen, einen industrie- und energiepolitischen Dialog zu organisieren. Es muss bei strategischen Entscheiden so etwas wie Konsensprozesse geben. Für Deutschland haben wir einen Technologierat vorgeschlagen, um dies zu realisieren (Siehe Kasten). Vielleicht ist eine solcher Rat nicht mehr als ein letzter Strohhalm. Den Arbeitgebern wollen wir aber

klar machen "Ihr Unternehmer habt nicht die nötige soziale Akzeptanz für Eure Vorhaben. Ihr macht da Investitionen, aber die Menschen sind gegen Euch und so macht Ihr keine Gewinne".

Standortpoker in Europa oder Harmonie?

EM: Das Konzept der EU räumt den Regionen und deren Wettbewerb untereinander viel Platz ein. Wie stehen Sie dazu?

KS: Die EU-Kommission setzt stärker als früher auf die Autonomie der Regionen, insbesondere durch ihre regionale Strukturpolitik. Viel davon besteht aber fast nur auf dem Papier. Die Realität sieht oft anders aus. Mir ist nicht bekannt, dass das Wettbewerbskonzept der Regionen eine dezidierte Politik der Kommission ist. Wenn man die regionale Autonomie fördert, entsteht Wettbewerb um kulturelle, wirtschaftliche und andere Standorte. Das ist normal. Über die EU wird aber keine stärkere Regionalisierung entstehen.



EM: Kein Standortpoker via Subventionen und Steuererleichterungen?

KS: In der Steuerpolitik der EU gibt es einen Trend zur Angleichung. Bei den Verbrauchssteuern etwa wird die Politik der Mindestsätze verfolgt. Im Bereich der Energiepolitik macht man Druck, um via Energiesteuer (CO₂-Abgabe) zu einheitlichen Steuersätzen zu kommen. Die EU-Politik ist traditionell mehr an Harmonisierung als an Differenzierung orientiert, die Wettbewerbsbedingungen und die Steuerpolitik sollen angeglichen werden.

Der **Technologierat** ist als Gremium gedacht, in dem Wissenschaftler, Politiker, Unternehmer und GewerkschafterInnen gemeinsam neue technologie- und innovationspolitische Leitbilder entwickeln. Zur Sicherung des deutschen Technologie- und Produktionsstandorts soll eine strategisch ausgerichtete Innovationsoffensive unter Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik gestartet werden. Unterstützt werden sollen nebst neuen Informations-, Energie- und Verkehrstechnologien insbesondere auch einzelne Anwendungsmöglichkeiten von Biotechnologie und Gentechnik. Handelsblatt, 12.9.94. ax

¹ "Marktwirtschaft heisst Dezentralisierung. Diese Überzeugung stand bereits am Anfang des Unternehmens Binnenmarkt. ... Die Dezentralisierung ist seither Ausdruck des Umbruchs in der Organisation unserer Gesellschaften, die allenthalben mit der zunehmenden Komplexität wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Abläufe konfrontiert sind; sie ist ferner Ausdruck der tiefgreifenden Veränderung der unsere Gesellschaften regelnden Gesetze und Vorschriften." Weissbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" S. 14

Skeptisch gegenüber Harmonisierung sind vor allem die Engländer eingestellt, dies aber auf dem Hintergrund einer klassisch liberalistischen Ideologie. Vorstellungen von einem regionalen Wettbewerb sind ihnen fremd.

Eine Wettbewerbsbehörde gegen amerikanische Verhältnisse

EM: Sie rechnen also nicht mit amerikanischen Verhältnissen in der EU?

KS: Nein, denn die Künstlichkeit der US-amerikanischen Staaten mit jeweils völlig unterschiedlichen Abgabensystemen und Steuern führt dazu, dass es keine Bindung an Standorte gibt. Zudem kann jeder Staat subventionieren, soviel er will.

Demgegenüber hat die EU eine Wettbewerbsbehörde, die kontrolliert, ob es jenseits von Infrastrukturinvestitionen und Sozialpolitik Subventionen gibt.

EM: Bis jetzt sind die Währungsunterschiede ein wichtiger Faktor, um ein Gleichgewicht zwischen den Wirtschaften der EU herzustellen. Schwache Währungen fördern die Exporte. Was bringt die Währungsunion (= WU)?

KS: Eine stabile EU-Währung wäre eine gute Grundlage für eine vom Dollarbereich unabhängige Wirtschaftspolitik. Mit dieser Abhängigkeit hängen viele Probleme, die wir in den Bereichen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik haben, zusammen.

EM: Wie schätzen Sie die konjunkturelle Entwicklung ein?

KS: Die konjunkturelle Situation ist sehr günstig, wahrscheinlich werden wir einen schwachen, aber lang anhaltenden Aufschwung haben, der in der Preissteigerungsrate keine Probleme verursachen wird. Die Zinsberuhigung wird zwar nicht ganz wunschgemäß sein, aber die Rahmenbedingungen werden relativ ruhig sein. Währungsschwankungen wie in der Vergangenheit wird es in einer solchen Phase nicht geben. Deshalb glaube ich, dass eine respektable Anzahl Staaten der WU 1999 beitreten werden. Andere Termine scheinen mir nicht realistisch.

EM: Worauf wird sich der Standortwettbewerb beziehen, wenn die WU kommt?

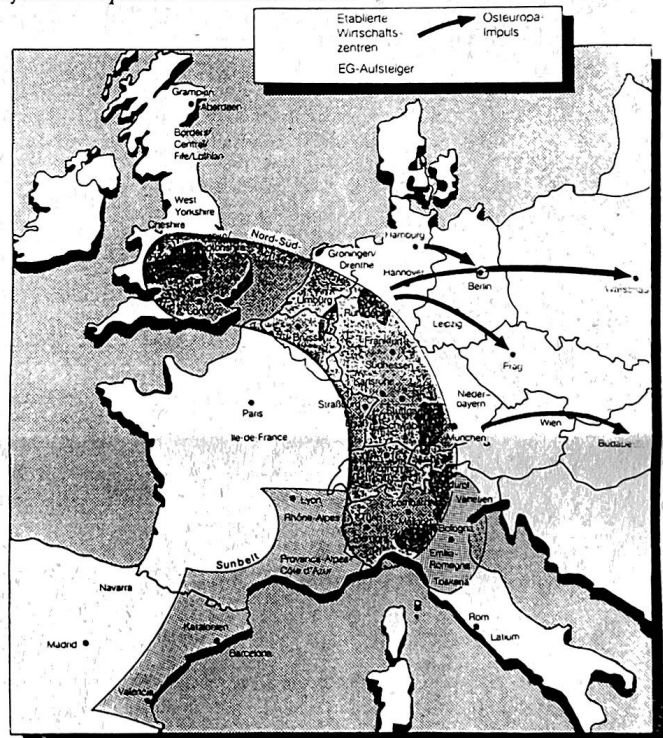
KS: Letztlich sind Standortfragen Fragen der Infrastruktur, der Ausbildung, also der qualitativen Elemente. Und entsprechend haben die Gewerkschaft ein Interesse daran, dass diese qualitativen Strukturen weiter

ausgebaut werden, denn diese werden immer wichtiger bei der Standortwahl von Unternehmen. Filialen oder neuen Produktionsstandorten.

Wenn das politische System nicht funktioniert ist es hoffnungslos

EM: In der EU entstehen zwei verdichtete wirtschaftliche Kraftfelder. Die Nord-Süd-Achse von Süd-England über die Rhein-Rhone-Linie bis in die Lombardei und zum anderen die Ost-West-Achse von der Toscana bis Barcelona und Valencia. Diese Regionen haben gegenüber den anderen EU-Regionen Vorteile was die qualitativen Strukturen angeht. Was empfehlen Sie als Gegenmittel?

Grafik 2: Europäische Wachstumszentren



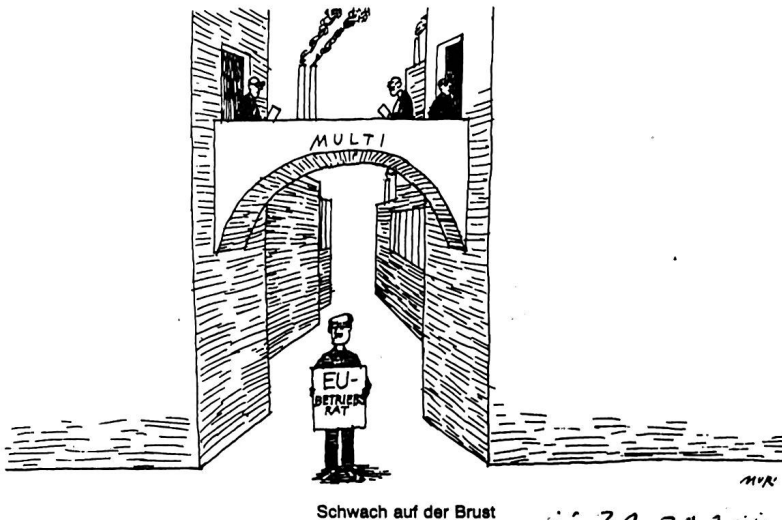
Quelle: Ifo-Schnelldienst, Heft 9/1990, S. 20

aus Schwarzbuch EC-Binnenmarkt, S. 45

KS: Und in der Mitte ist die Schweiz (lacht). Diese Aussage stimmt formal, aber nicht wenn man die einzelnen Regionen genauer vergleicht. Die EU-Kommission hat eine Untersuchung gemacht und stellte z.B. bezeichnende Unterschiede zwischen griechischen und spanischen Regionen fest, obwohl sie nicht zu den von Ihnen beschriebenen privilegierten Regionen gehören. Das politische System, Binnenmarkt und WU hin oder her, spielt hier eine wichtige Rolle. Wenn dieses nicht funktioniert, wie in Italien und Griechenland, ist es fast hoffnungslos, etwas für die Regionen zu machen. Bei manchen wenig entwickelten Gebieten wie Irland, Portugal oder Spanien liegt allerdings kein politisches,

sondern ein ökonomisches Problem vor. Diesbezüglich würde ich sagen, dass der Abstand sich nicht vergrößern wird. Er hat sich in den letzten Jahren sogar etwas verringert. Das ist aus der Sicht der Menschen dort ein erheblicher Gewinn.

Ich bin aber der Meinung, dass in absehbarer Zeit die Unterschiede kaum verschwinden. Das ist im Grunde genommen ein Problem kapitalistischer Wirtschaft. Es mit der EU zu verbinden, wäre unredlich. Weder Irland noch Portugal ginge es besser, wenn sie nicht Mitglieder der EU wären. Über den Strukturfonds haben wir



Schwach auf der Brust

immerhin die Möglichkeit gegenzusteuern mit einer Sozialpolitik, die zumindest gewisse Entwicklungschancen offen hält.

Wenn wir keine Staatswirtschaft wollen, werden wir solche Ungleichgewichte haben

EM: Diese Sozialhilfen werden aus öffentlichen Händen bezahlt, die Gewinne, wie sie z.B. der Cecchini-Bericht beschrieben hat, machen aber vor allem die Privaten. Es findet somit eine grosse Umschichtung von Vermögen statt. Von unten nach oben. Wie kann da gegengesteuert werden?

KS: Da sind wir wieder beim Stichwort "Kapitalismus". Wenn auf der Basis von privatem Kapital investiert wird, und wir keine Staatswirtschaft wollen, weil die erwiesenermassen nicht funktioniert, werden wir solche Ungleichgewichte haben.

In wirtschaftlich schwachen Gebieten sind die vorhandenen Standortvorteile zu stärken, auch wenn nur wenige vorhanden sind. Da ist der Ansatz der Regionalpolitik der Kommission durchaus richtig.

Ich teile die hinter ihrer Frage stehende Skepsis. Es gibt eine enorme Vermögensumverteilung, weil es in diesen Regionen kaum Geld gibt und die Gewinne wieder zurück in die Zentralen fließen. In diesen wird auch entschieden. Wenn wir eine WU hätten, würden Gewinnanlagen in Lissabon durch das Fehlen von

Währungsschwankungen angezogen. Das kann ich leider nicht beweisen.

Unterschiedliche Kerneuropas

EM: Befürworten Sie die im Maastrichter-Vertrag festgelegte Möglichkeit einer EU der zwei. oder besser. der vielen Geschwindigkeiten?

KS: Bei der EU der verschiedenen Geschwindigkeiten kommt man je nach Bereich zu unterschiedlichen Konstellationen. Es gibt also unterschiedliche Kerneuropas, eines in der Währungsfrage, eines in Umweltrechtfragen, eines in der Sicherheitspolitik, usw. Die Schnittmenge dieser Kerneuropas stimmt wahrscheinlich mit dem Kerneuropa Schäubles überein. Diese EU ist eigentlich bereits Realität. Die Länder einigen sich zu zwölf, dass bestimmte Länder bei bestimmten Fragen nicht mitmachen, so z.B. in der Sozialpolitik. Ein Problem, das mit der variablen Geometrie nicht zu bewältigen ist, ist die Demokratisierung der EU-Institutionen. Wenn das EU-Parlament bestimmte Rechte haben soll, die Kommission vom Parlament gewählt und die Rolle des Ministerrates demokratisch definiert wird, kann man nicht mehr nach Mitgliedstaaten differenzieren. Dann müssen alle Staaten gleichermaßen dabei sein.

EM: Was geschieht, wenn die WU nur in einigen EU-Ländern eingeführt wird?

KS: Im Vertrag von Maastricht steht, dass selbst die Länder, die nicht bei der WU mitmachen, einen Sitz im Gouverneursrat der EU-Zentralbank haben. Wer nicht dabei ist hat aber in bestimmten Fragen kein Stimmrecht.

Die EU-Währung würde in den Staaten, die nicht bei der WU sind, bereits als Parallelwährung gehandelt. Im Zahlungsverkehr der Unternehmen würde sie als Buchgeld sofort die nationale Währung ersetzen. Ein enormer Druck für den Beitritt zur WU entstände in Ländern wie Italien oder Spanien. Auch die Engländer werden ganz früh dabei sein. Wenn es ums Geschäft geht, sind sie dabei, genauso wie die Schweizer (lacht). Es wird ein Sog entstehen. Es ist nicht nötig, etwas erzwingen wollen. Alles muss pragmatisch und schrittweise erfolgen.

"Europäischer Gewerkschaftsbund. (Abkürzung EGB). Dachorganisation nationaler europäischer Arbeitnehmerverbände aus allen Staaten der EU, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), aus Malta, Zypern und der Türkei. Der EGB wurde gegründet am 8.2.1973. Sein Sitz ist in Brüssel." (Aus: Lexikon EU-ABC)



Gewerkschaften und die EU

Die gewerkschaftlichen Argumentation. "angesichts des verschärften Wettbewerbs um Unternehmensstandorte könnten soziale Errungenschaften nur gemeinsam zusammen mit den gewerkschaftlichen Organisationen anderer Länder erhalten bzw. ausgebaut werden" (Baumann) ist nachvollziehbar. Hier wird ein traditionelles Problem der Gewerkschaftsbewegung angesprochen. Die Unternehmer verschiedener Länder haben die Tendenz, die Wirtschaftsstandorte der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen (= Soziodumping). Je freier sich die Unternehmen international bewegen und weltweit zwischen Standorten wählen können, desto dringender stellt sich die Aufgabe, sich gewerkschaftlich weltweit zu vernetzen, um Sozialabbau verhindern zu können.

Die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Zusammenarbeit führt aber nicht einsichtiger Weise zur Notwendigkeit eines EU-Beitrittes der Schweiz oder zur Befürwortung der EU-Integration. Zusammenarbeit ist ohne supranationale Strukturen des EU-Typs möglich und sie erfolgt in solchen Strukturen nicht unbedingt leichter. Das Problem des Soziodumpings ist ein weltweites, dass nicht in einzelnen Staaten oder Grossregionen gelöst werden kann. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften drängt sich also auch auf einer Ebene auf, für die keine EU-ähnlichen Strukturen zu erwarten sind.

Offensichtlich wollen allerdings nicht alle Gewerkschaftsvertreter diese internationale Zusammenarbeit auf globaler Ebene. Die Lektüre dieses Magazins, insbesondere der Interviews mit Gewerkschaftssekretär Schmitz und der Buchbesprechungen zeigen, dass es in den europäischen Gewerkschaften eurokorporatistische¹ Strömungen gibt. Anstatt global-internationaler Solidarität wird die Flucht nach "vorne" angetreten: Durch hohe Produktivität und forciertes Wachstum will man sich gemeinsam mit den Arbeitgebern Konkurrenzvorteile verschaffen und den Weltmarkt erobern. Dies soll in Europa Gelder für höhere Löhne und höhere Sozialstandards für Arbeitende bereitstellen, während die Sozialsysteme für die übrige Bevölkerung zunehmend unter Druck geraten. Diese Entwicklung führt also auch bei uns zur Entsolidarisierung und zu Sozialabbau, zur sogenannten Zwei-Drittel-Gesellschaft.

Die eurokorporatistische Politik verhindert zudem eine sozialverträglich Integration der Länder des Südens in den Welthandel. Im Kampf der Blöcke um Wettbewerbsfähigkeit geraten sie erst recht ins Hintertreffen. Sie müssen sich auf die Produktion von Rohstoffen

beschränken, deren Preise seit den 80er Jahren ohnehin auf rund die Hälfte gefallen sind, was dem Norden Riesengewinne bescherte, die um vieles höher sind als die bezahlten Entwicklungshilfegelder. Den Ländern des Südens fehlen dadurch die dringend benötigten Devisen für die eigenständige Entwicklung von tragfähigen Strukturen.

Die Gewerkschaften müssten, wollten sie die Parole von der "Internationalen Solidarität" in der Praxis anwenden, Konzepte ausarbeiten, wie eine weltweite Wirtschaftsordnung aussehen könnte, die - angesichts der ungerechten Verteilung von Reichtum und Macht auf der Welt - Wege in Richtung Verminderung der Unterschiede aufzeigen würde. Dabei ist zu beachten, dass eine nachhaltige Entwicklung beim derzeitigen Energie- und Rohstoffkonsum nicht möglich ist, auch nicht durch den Einsatz von neuen Technologien.

Deshalb müssen die Gewerkschaften ihre Ziele übereineffiziente, globale internationale Zusammenarbeit anstreben, ohne sich in das gefährliche Spiel der Blockbildung einbeziehen zu lassen. Nur so kann weltweit Druck auf die jeweiligen Regierungen gemacht werden, um global Soziodumping zu verhindern. Bei dieser Politik wäre darauf zu achten, dass den sogenannten Entwicklungsländern nicht durch die Forderung nach zu hohen gemeinsamen Sozialstandards Konkurrenzfähigkeit verboten wird. Standards sind nach und nach anzugleichen, damit konkurrenzschwache Länder eine Chance haben, sich mit ihren Produkten einzubringen.

Bei der Beurteilung der EU-Frage müssten die Verluste an politischer Demokratie berücksichtigt werden, welche die EU-Integration mit sich bringt. Politische Verantwortung, d.h. die Abwählbarkeit von Entscheidungsträgern, verflüchtigt sich dort in undurchsichtigen Entscheidungsprozessen. Die Macht entfernt sich von der Bevölkerung. Dies bewirkt, dass finanzstarke Gruppen um so effizienter und von den Bevölkerungen ungestörter ihre Interessen durchsetzen können, während Bürgerinitiativen und Basisbewegungen hohe Schwellen zu überwinden haben, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Es erstaunt, dass von gewerkschaftlicher Seite zu diesen politischen Kosten der Integration nichts oder wenig zu hören ist, dies umso mehr, als die Gewerkschaften und ihre Vorläufer traditionell zu den Vorkämpfern politischer Demokratie und deren Vertiefung gehörten. ■

Nei til EU

Paul Ruppen

¹ Eurokorporatismus besteht in der Forderung nach Einheit von Arbeitnehmern und Unternehmern zur Verteidigung von EU-Weltmarktpositionen.

-----Bücher/Gewerkschaften-----



"Wenn Europa den Wettbewerb mit den Besten der Welt aufnehmen will, ..."

Das Dokument des Europäischen Gewerkschaftsbundes nimmt Stellung zu den folgenden drei

Themengruppen: Binnenmarkt und soziale Dimension, wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung, der Maastricht-Vertrag und seine Fortentwicklung.

Unter dem Titel "Die Verwirklichung der Sozialcharta und des Aktionsprogramms: Bewertung des EGB" findet sich eine einfache und klare Zusammenfassung: "Die Gesamtbilanz der Aktion der EG im sozialen Bereich ist kümmerlich und enttäuschend". Trotzdem meinen die Verfasser: "Die Initiativen der Kommission und die Arbeiten im Rat haben unlegbar positive Auswirkungen auf die Sozialgesetzgebung bestimmter Länder wie zum Beispiel Portugal, Griechenland und Grossbritannien gehabt" (S. 30 ff).

Bezüglich dem Handel mit Ländern ausserhalb der Union vertreten die Autoren: "Es sieht ganz so aus, als ob eine Art "Gresham's Law" funktionieren könnte, durch das "schlechte" Sozialsysteme die "guten" vertreiben könnten, wenn es zwischen ihnen zu einer wirtschaftlichen Integration (z.B. Freihandel) ohne eine parallellaufende soziale Integration kommt" (S. 100). Dem soll in Handelsverträgen mit "Extraunionsländern" durch der Einführung einer Sozialklausel entgegengesteuert werden (S. 100). Dies käme durchaus einem Protektionismus gleichkommt, denn Länder wie Indien werden bis auf weiteres nicht gleiche Sozialstandards leisten können. Sie könnten deshalb nicht mehr in die EU exportieren, falls diese Sozial-Barriere wirklich aufgebaut wird.

Was der EGB unter internationaler Solidarität versteht, zeigt das folgende Zitat: "Die Vollendung der sozialen Dimension der wirtschaftlichen Integration Europas ... schafft den besten Rahmen, in dem Kompromisse über Kosten und Beschäftigung ausgehandelt werden können. Wenn Europa den Wettbewerb mit den Besten der Welt aufnehmen will, dann ist dies - und nicht ein allgemeiner Angriff auf soziale Normen - der richtige Weg" (S. 102). axt.

Die soziale Architektur Europas auf dem Prüfstand. Gewerkschaftliche Ideen zum Europäischen Entwicklungsmodell. Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI), Brüssel 1993. Zu beziehen bei EGI, 115, bd Emile Jacqmain, B-1210 Brüssel.

Nei til EU



Jugendarbeitslosigkeit in der EG

Über 40 % der Arbeitslosen in der EU sind Jugendliche. Der Autor stellt umfassend das Ausmass, die Entwicklung und die Strukturmerkmale der EU-Jugendarbeitslosigkeit sowie die dort ergriffenen politischen Gegenmassnahmen zwischen 1973 und 1983 dar. Diese Massnahmen haben leider nicht gegriffen, da sich in der Zwischenzeit am Zustand nicht verbessert hat. 1994 war ein Fünftel der Jugendlichen arbeitslos, in Südeuropa fast die Hälfte.

Der Autor gibt einen Überblick über die einzelnen Länder und die Konzeptionen der verschiedenen Gemeinschaftsorgane, sowie über die Beziehungen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem; zum andern beschreibt er Reaktionen der betroffenen Jugendlichen und die Auswirkungen auf ihre politische Sozialisation. axt.

H.-C. Harten, Jugendarbeitslosigkeit in der EG. Campus Vlg. Frankfurt a.M. 1983

Die Gewerkschaften in den 12 EG-Ländern



Ein 12-Länder-Vergleich, der Informationen über die Strukturen, Institutionen, politischen Instrumente und Geschichte der Gewerkschaften liefert.

Wie nötig soziale Mindeststandards zur Sicherung der Sozialdimension sind, erfährt man anhand konkreter Beispielen von Sozialdumping. Eine deutsche Transportgesellschaft verkauft ihre Lastwagen nach Portugal und suchte in Portugal per Inserat Fahrer "möglichst mit Deutschlanderfahrung". So wurden 20 deutsche Fahrer durch Portugiesen ersetzt, die dann mehrheitlich in Deutschland eingesetzt wurden. Sie verdienen 50 % mehr als es die portugiesischen Tarifverträge vorsehen und 50% weniger als die entlassenen deutschen Arbeitern.

Die "Einschätzung" des Autors (S. 313): "Das Soziale spielt zwar in den Vertragsbestimmungen wie in Richtlinien oft eine Rolle, doch fehlt bislang ein in der Praxis greifendes Instrumentarium. Nur in einigen wenigen Bereichen wie der Gleichstellung von Mann und Frau und (mit Einschränkungen) dem Arbeiterschutz ist man über Proklamationen hinausgekommen. Wird sich in Zukunft etwa ändern?" axt.

W. Dähler et al, Die Gewerkschaften in den 12 EG-Ländern. Europäische Integration und Gewerkschaftsbewegung. Europahandbuch für Arbeitnehmer Bd. 1, Bund Vlg. Köln 1991



Marktaufteilung und Standortpoker in Europa

Das Programm des EG-Binnenmarktes ist ein weiterer Schritt hin zur Herausbildung einer einheitlichen Wirtschaftsregion Europa. Im Vorgriff auf die zu erwartenden Veränderungen werden bestehende Produktions- und Marktverflechtungen neu geordnet. Die Vorteile der Intergration werden ungleich verteilt sein. Die "unsichtbare Hand" des Marktes führt keinesfalls zu ausgewogenen Wirtschafts- und Lebensverhältnissen: Vor- und Nachteile werden ungleich auf Arbeitnehmer und Unternehmer verteilt, regionale Unterschiede führen zu neuen Spannungen, die Umweltpolitik gerät unter die Räder einer unkritischen Wachstumsideologie. Die Autoren weisen nach, dass die Ausweitung der bisher völlig unzureichenden wirtschaftsdemokratischen Einflussmöglichkeiten dringend erfolgen muss. Sie machen dazu auch konkrete Vorschläge. axt.

R. Welzmüller (Hrsg), Marktaufteilung und Standortpoker in Europa. Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen in der Weltmarktregion Europa. Europahandbuch für Arbeitnehmer Bd. 2. Bund Vlg. Köln 1990



Die Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung

Ein leider nicht ganz einfach zu lesendes Buch zur Situation der Gewerkschaften angesichts der europäischen Integration.

"Von den Gewerkschaften wird die *Quadratur des Kreises* erwartet: Einerseits erfordert die Europäisierung aller Politikbereiche auch eine europäische Angleichung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, alsomehr als eine bloße trans- und internationale Kooperation, nämlich eine Annäherung der Verhandlungsformen und Forderungspakete, also die Herausbildung von europaweiten Regulationsformen der Arbeitskosten. ... Andererseits wird aber die regionale, branchenmäßige Lohndifferenzierung zum Prinzip des Integrationsprozesses erhoben, um die realen Produktivitätsunterschiede und Unterschiede in der "financial performance" einebnen zu können. Tarifverträge ... sollen Öffnungsklauseln enthalten, die "Individualisierung der Arbeitsverhältnisse ermöglichen und betriebsnah ausgehandelt werden ..."

"... Autonomie ist in Tarifverhandlungen nicht mehr gewährleistet, wenn die Lohnstückkosten zur entscheidenden wirtschaftspolitischen Variablen erklärt werden und Druck von Unternehmern, Regierung, konservativen und liberalen Parteien, dem "wissenschaftlichen Sachverstand" und einer botmäßigen Öffentlichkeit zur Lohnanpassung und -flexibilisierung vor allem auf die Gewerkschaften ausgeübt wird." axt.

E. Altvater et al. Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Westfälisches Dampfboot. Münster 1993



Jenseits des Sozialpakts

US-GewerkschafterInnen aus Automobilindustrie, Bergbau, Häfen, Luftverkehr, Telekommunikations- und Computerindustrie berichten über Konflikte und Arbeitskämpfe, die

in vielen Bereichen der US-Industrie in den letzten Jahren um die Einführung neuer Technologien entbrannt sind.

Das Buch spricht (gewerkschaftlich) Interessierte an, die auch hierzulande mit der Frage konfrontiert sind, ob und zu welchem Preis sich die Gewerkschaften an der "Modernisierung" der kapitalistischen Arbeitswelt beteiligen sollen. Es weist auf Bruchstellen einer Entwicklung hin, die in Westeuropa erst am Anfang steht" (Klappentext). axt.

B. Lühje et al. Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA. Vlg Westfälisches Dampfboot, Münster 1993



Arbeitslose und Gewerkschaft

Eine Untersuchung in Ostfriesland an Arbeitslosen. Die gesellschaftliche Stigmatisierung und die "soziale Angst" der von Arbeitslosigkeit Betroffenen und Gefährdeten werden in dieser Veröffentlichung

immer wieder deutlich.

"Gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit hat deshalb Arbeitslosen, statt sie auszugrenzen, vor allem das Gefühl zu vermitteln, nicht allein zu sein" (Klappentext). axt.

R. Zoll (Hrsg), Arbeitslose und Gewerkschaft. Untersuchung einer schwierigen Beziehung, Bundverlag, 1991 Köln.

Nei til EU



Für ein soziales Europa

Im Buch befindet sich ein Beitrag von Jaques Delors. "Soziales" darf von ihm nicht erwartet werden. Die welche ihn kennen, werden nicht enttäuscht sein: "Ein franzö-

sischer Gewerkschaftsführer hat kürzlich von einem europäischen Tarifvertrag gesprochen. Das hat dann die deutschen Freunde gleich verschreckt, die für ihre Lohnverhandlungen sehr an ihrer Autonomie hängen. Aber seien Sie ganz beruhigt: Eine europäische Tarifverhandlung steht noch nicht ins Haus."

Den "deutschen FreundenInnen", von denen die übrigen Beiträge stammen, geht es kaum um die Autonomie, sondern ums Geld (siehe auch das Interview mit Karl Schmitz). Sie betrachten die Interessens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als in die gleiche Richtung zielende: gemeinsam gilt es um ein Stück Kuchen vom Reichtum in dieser Welt zu streiten. Der Klappentext spricht eine deutliche Sprache: "Es ging dabei vor allem um soziale Fragen: darum, dass die Arbeitnehmer nicht die Zeche zu zahlen haben, sondern mit auf der Gewinnerseite sind, wenn Europa näher zusammenrückt." axt.

E. Breit (Hrsg.). Für ein soziales Europa. Bund Vlg. Köln 1989



Ein Schein von Selbstständigkeit

"Wer in einem Kaufhaus Schokolade, Modeschmuck, eine Armbanduhr, Parfum oder irgendeine andere Ware erwirbt, geht wohl in aller Regel davon aus, von einer Angestellten des Kaufhauses bedient zu

werden. Das ist aber oft genug nicht der Fall: Ein nicht unerheblicher Teil der VerkäuferInnen steht gar nicht in arbeitsvertraglichen Beziehung zum jeweiligen Warenhausunternehmen. Sie sind vielmehr Angestellte von Fremdfirmen, die ihr Personal in die Kaufhäuser entsenden. Oder sie sind formal überhaupt keine ArbeitnehmerInnen, sondern werden von den Fremdfirmen als selbstständige "PropagandistenInnen", "freie MitarbeiterInnen", "HandelsvertreterInnen" o.ä. beschäftigt" (S. 97). Diese Scheinselbstständigkeit ist aber nicht auf diese Branche beschränkt. Vor allem in den Dienstleistungsberufen nimmt der Status des "abhängigen Selbstständigen" zu und macht in Grossbritannien einen Drittel der Erwerbstätigen aus, in den USA sind es heute ca. 25 % (S. 199).

Das Buch zeigt, wie mit legalen Vertragsformen, die von der Arbeitgeberseite befohlen werden auf Grund der Arbeitsmarktlage den ArbeitnehmerInnen jede soziale Sicherheit genommen wird. Neue Gesetze sind nötig. Doch auch Gewerkschaftssekretäre müssen umdenken und neue Strategien entwickeln. axt.

Udo Mayer et al. Ein Schein von Selbstständigkeit. Ein-Personen-Unternehmen als neue Form der Abhängigkeit. Bund Vlg. Köln 1990



Jenseits von einseitigen Wirtschaftsinteressen

Angesichts der Tendenz vieler Gewerkschaften zusammen mit den Arbeitgebern eine EU-weite Einheit im Wettbewerb gegen

andere Grossregionen der Welt bilden zu wollen, ist das Kapitel mit den Argumenten gegen diese Strategie äusserst wichtig. Die BRD, bzw. die EU wären gross genug, um den Weltmarkt zu beeinflussen. Die Arbeitgeber verwenden das Schlagwort der "Anpassung an den Weltmarkt" als Propaganda gegen gerechte Löhne, soziale Rechte und Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen, um billiger produzieren zu können. Deshalb müssten die Gewerkschaften sich nicht EU-weit, sondern verstärkt international engagieren. Für eine gerechte Ordnung in einer Welt, die grösser als die EU ist. axt.

Jürgen Hoffmann et al (Hrsg.), Jenseits der Beschlusslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkwerkstatt. Bund Vlg. Köln 1993, 2. Auflage.



Arbeitslosigkeit - wirtschaftspolitische

Alternativen - Sicherheit contra Solidarität

Widerspruch, Heft 25 bringt eine Sammlung von Texten zur Transnationalisierung der Arbeitsmärkte,

der Geschichte der Arbeitslosigkeit und der keynesianischen Politik, Grüne Wirtschaftspolitik und Teilzeitarbeit - Frauenautonomie und anderes.

Widerspruch, Heft 27: Artikel zur Politik der inneren und äusseren Sicherheit in der Schweiz, EU und Europa, zum Sozialabbau und -dumping, Verteilungs- und Vertrags politik.

"Widerspruch; Beiträge zur sozialistischen Politik", Hefte 25 und 27, zu bestellen bei Widerspruch, Postfach, 8026 Zürich

PCP - Errungenschaft für die Umwelt?

Von Christian Thomas, Zürich

Der EU-Gerichtshof entschied im Mai gegen die EU-Kommission und Deutschland, die das PCP-Verbot auch gegen Importe aus EU-Ländern aufrechterhalten wollten. Dabei machte der EU-Gerichtshof formale Gründe geltend. Der Entscheid der EU-Kommission sei nicht genügend begründet worden. Die EU-Kommission hat nun diese Begründung nachgeliefert. Wenn Frankreich oder ein anderer Staat nicht Rekurs beim EU-Gerichtshof macht, wird dadurch Deutschland ermöglicht, seine strengeren PCP-Standards zu halten.

Im Mai hat der EU-Gerichtshof in einem Vorentscheid zugunsten des Pentachlorphenol (PCP) - Produzenten Frankreich und gegen den PCP-Verbieter Deutschland und die EU-Kommission entschieden, dass ein Einzelstaat nicht gegen das Binnenmarkt-Prinzip verstossen darf mit dem *blossen Hinweis* auf die Giftigkeit einer

Die Urteilsbegründung des EU-Gerichtshofes kann beim Forum bestellt werden. Für Mitglieder gratis, für Nicht-Mitglieder 5.-

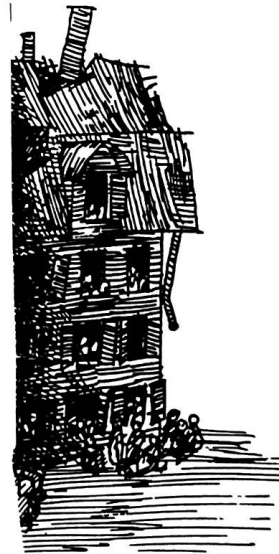
Handelsware. Das Verbot ist vielmehr durch den Beweis der Giftigkeit ausführlich zu begründen (vgl. Artikel im Magazin 2/94 resp. auf französisch in Nr. 3/94). Die ausführliche Begründung wurde nun nachgeliefert, wodurch Deutschland zu Hause seine strengeren PCP-Vorschriften durchsetzen kann, sofern nicht ein EU-Staat nochmals Rekurs gegen den Entscheid der EU-Kommission einlegt. Der Entscheid des EU-Gerichtshofes vom Mai betraf nämlich nur die Form (fehlende Begründung). Ob das PCP-Verbot materiell gerechtfertigt ist, ist damit noch nicht entschieden.

Durch die Nachlieferung der Begründung wird die frühere Kritik des Europa-Magazins an der Rechtsprechungspraxis des EU-Gerichtshofes übrigens nicht hinfällig. Dort kritisierten wir, dass die Forderung nach einer ausführlichen Begründung eine restriktive Auslegung der EWG-Artikel 100a und 36 zur Folge hat.

Ist es also so, dass in Zukunft ein EU-Land langfristig einzelne Umwelt-Vorschriften halten darf, welche weiter gehen, als die in der übrigen EU geltenden Vorschriften und welche die Handelsfreiheit hemmen könnten? Wohl kaum! Die EU-Kommission hat eingesehen, dass PCP so giftig ist, dass die EU schon bald

kaum mehr um ein EU-weites PCP-Verbot herum kommen dürfte. Es wäre eher peinlich, Deutschland das Verbot zu untersagen und dann wenig später selbst eines einzuführen. Die Vereinheitlichung des Marktes läuft also über die Zulassung des deutschen PCP-Verbotes.

Immer wieder (so im Tages-Anzeiger vom 4.10.94 im Zusammenhang mit dem neuen PCP-Erlass der Kommission) wird gelobt, wie umweltfreundlich doch die EU sei, indem das Beispiel des dänischen Pfandflaschen-Urteils erwähnt wird. Dänemark wollte vor einigen Jahren die Einweg-Flaschen verbieten und alle Glasflaschen mit einem Pfand belegen. Bierbrauer aus der EG haben gemeinsam mit Grossbritannien dieses Vorhaben beim EG-Gerichtshof angefochten. Das Gericht entschied, dass die Dänen zwar verlangen dürfen, dass auf Glasflaschen ein Pfand erhoben



europäische Friedensarchitektur

werden muss, aber es hat den Dänen verboten, die Anzahl der zulässigen Flaschen zu begrenzen. Mit anderen Worten: In der Theorie wurde dem Umweltschutz genüge getan, da aber kein Händler Hunderte von verschiedenen Glasflaschen-Formen je separat sortieren, aufbewahren und zum Abfüller zurückschieben kann, wurde das Vorhaben der Dänen praktisch vereitelt. Dänemark wollte die zulässigen Flaschensorten auf 35 begrenzen, damit eine Bewirtschaftung des Leergutes in der Praxis möglich wird.

Sowohl das Pfandflaschen-Urteil als auch das PCP-Urteil zeigen, dass das EU-Gericht in erster Linie vermeiden will, dass der ungehinderte Warenverkehr gebremst wird und dass man in Luxemburg (wo das Gericht tagt) sehr kreativ ist in der Art und Weise, wie dieses Ziel hochgehalten wird: Bezüglich der Flaschen gab es in der Theorie ein Nachgeben, das von den Medien jahrelang gelobt wird (TA: "Der Kontinent wird grüner"), in der Praxis aber können Glasflaschen aus ganz Europa nach wie vor in Dänemark abgesetzt werden, auch wenn sie als Einweg-Flaschen konzipiert sind. Im PCP-Fall wurde ein Nachweis der Wirksamkeit von PCP als Umweltgift verlangt. Das Gericht wusste sicher ganz genau, dass PCP eines der ganz wenigen Umweltgifte ist, bei denen dieser Nachweis tatsächlich erbracht werden kann, denn PCP kann in kleinsten Mengen noch nachgewiesen werden und seine hohe Giftigkeit für Säugetiere und Menschen ist unumstritten.

Die meisten anderen Umweltgifte zersetzen sich in der Umwelt, werden in der Natur in andere Stoffe umgewandelt und ihr Schaden kann im Einzelfall kaum nachgewiesen werden. Indem der Gerichtshof die Beweislast ganz eindeutig dem Land zugeschoben hat, das etwas für die Umwelt tun will, hat es allen Versuchen einen Riegel geschoben, die Umwelt auch dort zu schützen, wo noch kein Schaden nachweisbar ist. Bekanntlich haben Zoologen nachgewiesen, dass die Fischotter in der Schweiz auch dort wieder aussterben, wo sie vom Biotop her gute Chancen hätten, wieder eine grosse Population zu entwickeln. Die Aussetzung von Fischottern wurde zum Fehlschlag, weil das PCP, das in unseren Gewässern mittlerweile überall anzutreffen ist, die Fischotter unfruchtbar macht. Bei fast allen anderen Umweltgiften ist ein derart schlüssiger Nachweis der Giftigkeit über die Umwelt nicht möglich.



Das Urteil des EU-Gerichtshofes und die kürzlich erfolgte Entscheidung der EU-Kommission führte deshalb trotz anderem Anschein zu einem Pyrrhus-Sieg für die Umwelt. Dagmar Roth-Behrend, SP-Mitglied im Umweltausschuss des EU-Parlamentes sagte dazu (TA, 4.10.1994): «Wir begrüßen natürlich den PCP-Entscheid (...). Im Unterschied zum Rat zeigt die Kommission, dass höhere nationale Umweltschutzstandards auch in der EU beibehalten werden können. Ein wesentlicher Fortschritt müsste jetzt in Richtung Beweislastumkehr erzielt werden, damit nicht mehr die Umweltgeschädigten die Giftigkeit eines Stoffes zuerst beweisen müssen, sondern die Hersteller dessen Harmlosigkeit.» Der neuliche Entscheid der Kommission war kein Schritt in diese Richtung. ■

Otto F. Walter zum Gedenken

Otto F. Walter, der kürzlich verstorben ist, hinterlässt bei den sozial- und ökologisch engagierten Demokraten in der Schweiz ein Loch. In der EWR-Debatte engagierte sich Otto F. Walter, indem er den Finger auf die demokratischen Schwächen des EWR-Vertrages legte. An der Pressekonferenz des "Abstimmungskomitees des ökologisch-sozialen Spektrums gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum" vom 29. Oktober 1992 erklärte er: "Ich bin Demokrat. Ueber drei zentrale Bereiche unseres Zusammenlebens - Wirtschaft, Soziales, Umwelt - wird künftig - geht es nach dem Vertrag - in Brüssel entschieden, durch uns unbekannte Männerriege. Sie entscheiden hinter verschlossenen Türen. Sie entscheiden endgültig. Nicht mehr also soll für diese drei Bereiche gelten, was wir unter Demokratie verstehen. Unser Recht auf Mitgestaltung wird hier ausser Kraft gesetzt. Weder Bundesrat noch Parlamentarier werden mehr gezwungen sein uns zu erklären, warum ein Gesetz so und nicht anders nötig sei. Sie werden uns nicht mehr überzeugen müssen, um unter uns eine Mehrheit zu finden."

"Der Weg der Schweiz - ist sie nicht ein Produkt der ersten Aufklärung - muss heute in den zweiten grossen Schritt führen: zur Gesellschaft der Teilnahme auf Gegenseitigkeit. Dieser ganzheitlichen Partizipation werden nicht nur wir angehören, nicht nur wir in Europa, nicht nur wir in der Kultur des Weissen Mannes, sondern alle, aller Kontinente, und mehr: in diese Partnerschaft werden die Fische, die Vögel, die Luft, werden das Wasser, die Wälder und selbst noch die kleinste Laubschnecke aufgenommen werden müssen - wenn denn Wohlfahrt in Friede werden soll auf der einen Welt. Der Weg der Schweiz, selbstbewusst, selbstbehauptet, wird gegangen werden; in solch ethisch-politischer Grundhaltung Schritt für Schritt in ein noch fernes demokratisiertes Europa der Regionen, weltweit vernetzt und solidarisch mit allem Lebendigen. Oder es wird auch ihn, den Weg, nicht mehr geben."¹⁾

Otto F. Walter gehörte zu jenen, die wussten, dass soziales und ökologisches Fortschreiten nur im Rahmen von politischen Institutionen möglich ist, die es der Bevölkerung erlauben, Politiker zur Rechenschaft zu ziehen. Von dieser Meinung liess er sich auch nicht durch die trübe Stimmung, die vor der EWR-Abstimmung herrschte, beirren. Er war unabhängig genug, um sich von der künstlichen, aber medienwirksam inszenierten Alternative "Nationalismus oder EWR" nicht beeindruckt zu lassen. Mutig und ohne übervorsichtige Zurückhaltung unterstützte er die verschiedenen EWR-kritischen Gruppierungen des öko-sozialen Spektrums.

Paul Ruppen

¹⁾Das vollständige Referat Walters kann beim Forum bestellt werden.

554 Millionen sFr. für die EU - Forschung:

Schon wieder ein "Eintrittspreis"?

Die Forschungsgelder, die nach Brüssel fließen, zwingen die Schweizerische Forschung in ein Notmanagement, das langfristige Planung kaum mehr möglich macht.

Als es um die NEAT-Abstimmung ging, gab man in Bern zu, dass man die beiden (Finanz-) Löcher für den Schweizer Verkehr sicher nicht brauchen werde, dass sie aber der Eintrittspreis in den EWR oder die EU sein werden und dass "wir" dafür ein faires Angebot für die Zusammenarbeit im Luftverkehr erhalten werden, kurz: Die 15 (vielleicht auch sehr viel mehr) Milliarden werden das Tor zur weiten Welt sein. Ganz ähnlich lief die Diskussion um die 554 Mio Fr. für die EU-Forschung: Nach einem Raunen der Schweizer Grundlagenforschung repräsentiert durch Schweizer Nobelpreisträger gab man zu, dass es nicht nur darum gehe, den Schweizer Forschern zu ermöglichen, sich an den EU-Forschungsprogrammen zu beteiligen, sondern dass die gute halbe Milliarde eben der Eintrittspreis sei, damit die bevorstehenden bilateralen Verhandlungen wirklich beginnen können. Das gibt den Eindruck, dass Brüssel einer dieser abreisserischen Vergnügungsparks à la Disneyland ist, bei denen man zuerst für den Parkplatz vor der Tür zahlt, dann einen Eintrittspreis hinblättert und dann nochmals für jede einzelne Bahn oder Attraktion separat zur Kasse gebeten wird. Es ist ja anzunehmen, dass die einzelnen bilateralen Verträge, von denen immer noch erst im Sinne einer Vorschau die Rede ist, auch ihren Preis haben werden.

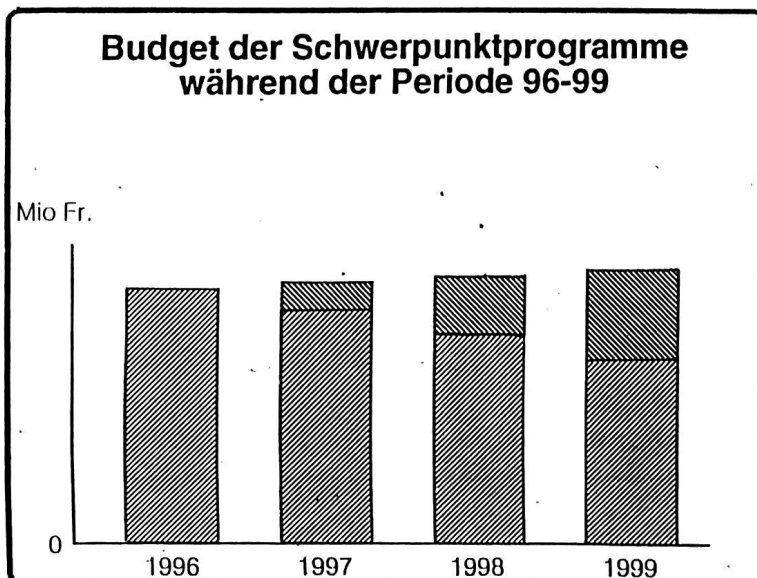
Der Nationalfonds hat den Schweizer ForschernInnen mitgeteilt, dass sie in Zukunft weniger Geld aus Bern erhalten werden und dass sie Gesuche nach Brüssel senden müssen, wenn sie im gleichen Rahmen wie bisher von der Forschung leben wollen. Für die Schwerpunkt-Programme des Nationalfonds wurde eine Grafik gezeichnet, die zeigt, wie die Schweizer Gelder abnehmen werden und wie die Brüsseler Gelder

die Lücke stopfen sollen (Abb. 1). Bezeichnenderweise wird nicht angegeben, wievielen Millionen Franken jeder Millimeter Säulenhöhe entspricht. Auch dann, wenn beschlossen ist, dass die Schweiz mehr als eine halbe Milliarde nach Brüssel schickt, steht noch keinesfalls fest, ob Schweizer ForscherInnen davon mehr als einige Brosamen erhalten werden. Brüssel wird entscheiden, wie die Gelder verteilt werden. Das ist nicht a priori schlecht, doch es bleibt zu prüfen, ob in der Praxis die Forschungsergebnisse den Forschungszielen auch dienlich sein werden oder ob mit Forschungsgeldern Sympathien für Brüssel gekauft werden. Das heisst, der Geldfluss muss daraufhin überprüft werden, ob er in erster Linie der Machtausweitung von Brüssel dient oder ob er sachgerecht der Forschung zukommen wird.

Eine seriöse Forschungsplanung ist zurzeit in der Schweiz nicht mehr möglich, denn die kurzfristigen Ungewissheiten sind allzu zahlreich, wie das Beispiel des Schwerpunkt-Programmes Umwelt des Nationalfonds zeigt: Die erste Beitragsperiode läuft Ende 1995 ab. Die zweite Periode wird im Januar 1995 ausgeschrieben und die Projektskizzen müssen im Sommer genehmigt sein. Noch ist ungewiss, ob die Forschungszusammenarbeit Schweiz - EU überhaupt stattfinden wird und wenn ja, in welchem Umfang die Schweizer ForscherInnen für welche Projekte mit einer Unterstützung aus Brüssel rechnen können. Es ist kaum anzunehmen, dass dies bis im Sommer 95 klarer sein wird. Der Nationalfonds muss also zum Beispiel für die Weiterführung der Schweizer Umweltforschung der nächsten vier Jahre die Weichen stellen, ohne zu wissen, was mit der halben Milliarde passiert, die nach Brüssel fließen soll.

Die schwerwiegende Folge der bestehenden Unsicherheiten für die Schweizer Forschungspolitik ist die, dass sie zu einem extrem kurzfristigen Notstandsmanagement verkommt und sich mehr an den Erfordernissen einer für den Bundesrat opportunen Europa-Politik als an den Forschungsgegenständen orientiert.

Wer wünscht, dass das Europa-Magazin spezifische Fragen zum Chaos bei den Forschungsgeldern beantwortet, sende uns bitte diese Fragen schriftlich. Wir werden weiterforschen. ■





"Da gibt es ja Abstimmungen, die total daneben gehen."

Demokratie in der EU und in der Schweiz

Im Interview mit Gewerkschaftssekretär Schmitz (siehe Gewerkschaftsdossier), äusserte sich dieser auch zu demokratiepolitischen Fragen. Interessant sind vor allem seine Ansichten über die direkte Demokratie. Laut Schmitz hat ein direktdemokratisches Land wie die Schweiz keinen Platz in der EU, solange die entsprechenden Volksrechte nicht auf die nationalen Kompetenzbereiche eingegrenzt werden.

Das EU-Parlament als Souverän

EM: Was schlagen die EU-Gewerkschaften zum Abbau des Demokratiedefizites der EU-Institutionen vor?

KS: Das EU-Parlament muss gegenüber dem Ministerrat gleichberechtigtes Organ bei der Gesetzgebung werden, besonders in jenen Bereichen, wo der Rat mit Mehrheit entscheidet. Mir schwebt ein Zweikammernsystem mit Vermittlungsausschuss vor.

Die Demokratie soll auf Bereiche beschränkt bleiben, die in der europäischen Entscheidungskompetenz sind. Das EU-Parlament soll nicht immer mehr Kompetenzen erhalten. Vor allem soll es nicht bestimmen können, was auf EU-Ebene geregelt wird. Dies soll nach wie vor von den Mitgliedstaaten entschieden werden.

Zweitens muss die Exekutive, die EU-Kommission also, vom Parlament gewählt sein. Nicht nur die jeweiligen Regierungen, sondern auch das Parlament soll Kandidaten vorschlagen können.

Als drittes sollten bestimmte Grundrechte auf europäischer Ebene festgeschrieben werden, die dann nötigenfalls am EU-Gerichtshof eingeklagt werden können. Als Gewerkschaften wollen wir die Tarifautonomie und die Organisationsfreiheit.

Wenn sich die EuropäerInnen rundrum einigen, braucht die Schweiz nicht Mitglied zu sein

EM: Aus welchem wichtigsten Grund sollte aus Ihrer Sicht ein Schweizer Gewerkschafter den Beitritt der Schweiz zur EU wollen?

KS: Da dies die klassische Argumentation ist, will ich nicht wirtschaftlich, sondern sozialpolitisch argumentieren - wie übrigens mit der schwedischen Delegation, die eben hier war.

Angesichts der ökonomischen Globalisierung sieht man, dass sich Unternehmen nicht mehr auf bestimmte

Kontinente konzentrieren. Auf dieser Ebene ist der Wettbewerb der Grossregionen eine Tatsache. Da stehen wir Ländern und Regionen gegenüber, die nicht die europäische Tradition des Wohlfahrtsstaates, der gewerkschaftlichen Rechte wie etwa der Mitbestimmung haben.

Um diese Errungenschaften zu sichern, müssen die Europäer gemeinsam operieren, denn nur so haben sie - durch Binnenmarkt, WU, Industriepolitik, usw. - die nötige wirtschaftliche Kraft. Es gibt eine Wechselwirkung zwischen hoher Produktivität und einem entwickelten Sozialstaat. Die Unternehmen realisieren durch den Sozialstaat eine hohe Produktivität mit entsprechenden Kostenvorteilen und wir bieten diese Produktivität für hohe Löhne. Diese Einheit von Unternehmen und Arbeitnehmerschaft können wir aber in Deutschland allein nicht verteidigen.

Wenn die EU-Struktur auseinanderfliegt, verlieren wir zumindest mittelfristig das, was an europäischer Tradition vorhanden ist. Dann wird jeder alleine Konkurrent sein gegen Taiwan oder wen auch immer. Ohne EU könnte in einem Wettbewerb gegen diese Länder auch die Schweiz alleine nicht mehr bestehen.

Wenn sich rundrum die Europäer aber auf das, was ich mir wünsche, einigen, dann braucht die Schweiz allerdings nicht Mitglied zu sein.

Schweizer Entwicklungshilfe für Südeuropa?

EM: Würden Sie es begrüssen, wenn die Schweiz mit Strukturfondszahlungen in Südeuropa Infrastrukturen finanzieren würde?

Das wäre doch eine echte Variante zu dem von Ihnen angesprochenen Trittbrettfahren. Dabei würde die zentrale Verwaltung in Brüssel umgangen, was den Vorteil hätte ...

KS: Warum sollten die Schweizer das machen?

EM: Einfach um einen Beitrag zur Entwicklung in Europa zu leisten.

KS: Ich kann mir so etwas nur vorstellen, wenn die Schweizer Unternehmen die Aufträge bekommen, die durch die entsprechenden Projekte ausgeschrieben werden. Dies wäre klassische Entwicklungshilfe. Ich finde die europapolitische Entscheidung, welche die Schweiz trifft nicht irrational. Die Schweizer haben kulturelle Gründe, die man durchaus nachvollziehen kann.

EM: Das klingt sehr nach eingeleiteter ökonomischer Betrachtungsweise.

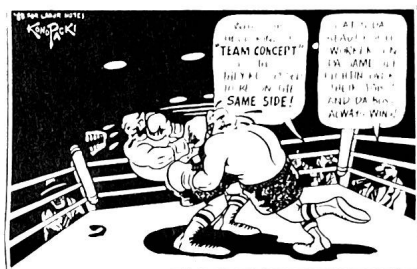
Wie die Bauern in den Urkantonen denken,

KS: Viele Schweizer, speziell die Bauern in Urkantonen denken vielleicht wirklich so wirtschaftslastig.

EM: Möglicherweise, doch wir vom Forum

KS: Nein, nein, ich meine nicht ihre Vereinigung, vielmehr die Schweizer, so als Bevölkerung.

EM: Wir vom Forum haben u.a. soziale, ökologische und demokratiepolitische Gründe für unsere EU-Skepsis. Es ist für uns nicht einsichtig, weshalb es eine supranationale Institution braucht, wenn die einzelnen Staaten von ihrem nationalistischen Denken wegkommen würden. Sie könnten sich doch auch relativ unbürokratisch zu Maßnahmen oder Normen verpflichten und diese dann auch umsetzen, wie das in Schengen auf eine Art, die uns nicht ganz geheuer ist, ja auch möglich war.



die im großen Europa nicht mehr abstimmen können.

KS: Hier werden meine Ansichten wohl etwas subjektiv. Wenn man auf supranationaler Ebene etwas erreichen will, braucht es initiativ Gremien, die demokratisch legitimiert sind, die Verantwortung für Europa tragen und die transparente Strukturen aufweisen. Sonst kommen auf Grund nationaler Egoismen und der Rücksichtnahme der Beteiligten auf die Akzeptanz eines allfälligen Entscheides bei sich zu Hause nur Kompromisse auf niedrigstem Niveau zustande. Die EU-Mitgliedstaaten wollen die demokratische Legitimität der supranationalen Strukturen eigentlich gar nicht, weil sie dann selber Kompetenzen verlieren. Heute kontrollieren sie alle gemeinsam und lassen dann kräftig gegen die EU Dampf ab, wenn ihnen etwas nicht paßt.

Sie können gewiß im Bereiche der EU-Umweltpolitik vieles kritisieren. Es gibt aber auch Positives zu vermerken: das Öko-Audit, Umweltverträglichkeitsprüfungen, bestimmte Grenzwerte, auf sozialem Gebiete die Betriebsräte. Dies alles stammt von dieser

komischen EU-Kommission, die wenig legitimiert ist. Das Weißbuch ist sicher ein Wirrwarr vieler Ideen, aber es gibt keinen Mitgliedstaat, der etwas Vergleichbares zustande gebracht hat.

Ich glaube übrigens nicht, dass Sie im großen Europa Volksabstimmungen organisieren können. Somit sind wir auf die repräsentative Demokratie angewiesen.

Weil Demagogen Abstimmende einseitig beeinflussen

EM: Sie haben angetönt, in der EU könne es keine Volksabstimmungen geben. Sehen Sie die Möglichkeit, die Schweizer Demokratiestrukturen mit denen einer vielleicht einmal verwirklichten repräsentativen Demokratie in der EU in Übereinstimmung zu bringen? Wir glauben selber an die Unvereinbarkeit dieser Strukturen und vermuten, dass in Brüssel deshalb kein Interesse an der Schweiz als Mitgliedstaat besteht.

KS: Ich befürchte, dass viele Fragen so komplexer Natur sind, dass bei Volksabstimmungen Demagogen die Stimmenden einseitig beeinflussen können. Deswegen denke ich, dass Abstimmungen oft nicht sachdienlich sind. Bei Entscheiden mehr moralischer Natur sollte es aber mehr Volksentscheidungsmöglichkeiten geben. Nicht so viele wie in der Schweiz. Da gibt es ja Abstimmungen, die total daneben gehen.

EM: Wie kann eine Abstimmung daneben gehen?

KS: Es gab Abstimmungen, da hätte man sich schon gewünscht, dass das Schweizer Volk einen positiven Entscheid gefällt hätte. Die Abstimmung vom Sonntag (Anti-Rassismus-Gesetz, EM) ist ja noch einmal gut gegangen. Das hätte ja auch anders ausgehen können.

EM: Ich denke, man muss einen Volksentscheid, der die Menschenrechte respektiert, so akzeptieren, wie er eben gefällt wird. Es ist demokratiepolitisch sehr bedenklich, von einer Abstimmung zu sagen, sie sei danebengegangen. Sollte man nicht eher sagen, bei dieser Abstimmung ist nicht das herausgekommen, was für mich wünschenswert war?

KS: Gut, ich hab mich da etwas falsch ausgedrückt.

EM: Nehmen Sie doch einmal an, die Schweiz sei in der EU und Polen wolle dieser beitreten. Der Europäische Rat und alle Parlamente der EU-Länder sind für den Beitritt Polens. Aber dann lancieren einige Schweizer erfolgreich ein Referendum und das Schweizer Volk verhindert via Annahme dieses Referendums den Beitritt Polens zur EU. Was dann?

KS: (lacht, ist etwas verblüfft) Sehen Sie, an diesem Beispiel wird doch deutlich, wie schwierig die direkte Demokratie ist. (Fortsetzung nächste Seite)

Das Europa-Magazin setzt sich ein

- ◆ für direkte Demokratie und dezentrale Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte,
- ◆ für fremdenfreundliche Einstellung,
- ◆ für eine gerechte und ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung weltweit,
- ◆ gegen wirtschaftsegoistisches Denken,
- ◆ für rege internationale Zusammenarbeit, um öko- und sozio-Dumping zu verhindern,
- ◆ gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht,
- ◆ gegen 2/3- Gesellschaft ,
- ◆ für eine weitsichtige Umweltpolitik.
- ◆ für eine breite und offene Diskussion europapolitischer Fragen.



Abonnieren Sie das Europa-Magazin, um sich zu informieren und unsere Arbeit zu unterstützen!

Demokratie in der Schweiz und der EU
(Fortschetzung von Seite 16)

Der Schweizer großer Nachteil ...

KS: Die Schweizer haben einen großen Nachteil, sie wollen immer mitentscheiden. Die Schweiz kann nur beitreten, wenn sich die Volksentscheide auf Gegenstände beschränken, die in schweizerischer Kompetenz liegen. Es ist nicht möglich, nach qualifiziertem Mehr Entscheidungen zu treffen, wenn einer der Beteiligten sagt, er wisse noch nicht, wie er zu stimmen habe, da er die Volksabstimmung abwarten müsse. Dann müsste die Sitzung ja vertagt werden, bis die Schweizer abgestimmt haben. Völlig unakzeptabel wäre dieses Verhalten dort, wo Einstimmigkeitsprinzip gilt, da das Schweizer Volk durch Abstimmungen Entscheidungen in der EU blockieren könnte. Die Schweiz kann erst Mitglied werden, wenn es generell Mehrheitsentscheide gibt und wenn Abstimmungen auf den Bereich schweizerischer Kompetenzen eingeschränkt werden.

EM: Genau diese Einschränkung der Volkssouveränität ist eines unserer Hauptprobleme mit einem EU-Beitritt der Schweiz.

KS: Das war ein sehr anregendes Gespräch. Ihre Fragen zwingen einem, auch mal in eine Richtung zu denken, die man sonst vernachlässigt. Vielen Dank!

EM: Besten Dank auch Ihnen! ■

Frauen

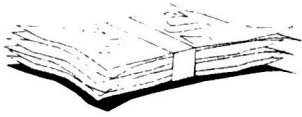
EU-Gerichtsentscheid zum Rentenalter



Die Luxemburger Richter legten fest, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Pensionszahlungen über eine Erhöhung des Rentenalters von Frauen auf das für Männer geltende erreicht werden kann. Eine Gruppe von Mitarbeiterinnen der britischen Firma Avdel Systems hatte gegen die Entscheidung der Pensionskasse rekurriert, die das reguläre Rentenalter weiblicher Mitarbeiter von 60 auf 65 Jahre erhöhte und für den Fall einer vorzeitigen Pensionierung eine Kürzung der Leistungen um 20% ankündigte. Der Entscheid hat zur Folge, dass britische Frauen das Recht verloren haben, sich bei voller Pension schon mit 60 Jahren aus dem Arbeitsleben zurückzuziehen.

Der EU-Gerichtshof entschied weiterhin, dass Teilzeitmitarbeiter ein uneingeschränktes Anrecht auf Pensionsleistung haben. Im Falle von beitragspflichtigen Pensionskassen können die teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter auch Beiträge nachzahlen und damit eine Pensionsberechtigung erhalten. (NZZ, 29. September 1994).





Kurzinfos/Wirtschaft

Schnickschnack statt Innovation

Versicherungen in Deutschland: Vor allem die Werbestrategen der Branche nutzen die neue Freiheit im Binnenmarkt. Seit dem 2. Juli kann ohne feste Vorgaben länderübergreifend gehandelt werden, was zwar mehr Wettbewerb bringt, aber auch die Kontrollen des Berliner Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen bezüglich Tarife und Bedingungen wegfallen lässt.

Mehr Arbeit deshalb für Verbraucherschutzorganisationen, die fast täglich ein neues Angebot unter die Lupe nehmen müssen. Von der Lebensversicherung "die mitdenkt", zu der für Nicht-Raucher, von solchen für AutofahrerInnen zu Versicherungen für gesetzlich krankenversicherte Junge. All diesen Angeboten ist gemeinsam, dass der Teufel im Kleingedruckten sitzt. Die Situation hat sich entsprechend für den Kunden verschlechtert.

Immerhin halten sich die traditionell günstigen und leistungsstarken Versicherer wie HDI, HUK-Coburg, Debecka und Hannoversche Leben zurück und bleiben bei ihren bewährten Angeboten. Die Zeit, 9.9.94, S. 35.

Kritik am EWR

Nach dem finnischen EU-Ja ist die Zukunft des Wirtschaftsabkommens unsicher. 1994 hat die EU über 500 den EWR betreffende Gesetze und Bestimmungen erlassen. Diese müssen von den Parlamenten der EWR-Mitgliedsstaaten en bloc übernommen werden, was jeweils ein halbes Jahr dauert. Sonst würde das ganze Abkommen hinfällig. Skandinavische Wirtschaftsvertreter kritisierten, diese Zeitverschiebung bei der Gesetzgebung führe in der Wirtschaft zu Unsicherheitsmomenten.

Die rund 2000 Rechtserlasse, die von den neuen EWR-Ländern übernommen werden mussten, was laut der unabhängigen Überwachungsbehörde ESA sehr konsequent geschehen sei. Lücken betreffen vor allem den ArbeiterInnen-, den KonsumentenInnen- und den Umweltschutz sowie die in den nordischen Ländern vorhandenen staatlichen Alkoholmonopole. TA 19.10.94, S. 35

KMU's und EU-Binnenmarkt

Der Binnenmarkt hat sich bisher laut einer Umfrage der EU-Kommission kaum positiv auf den Geschäftsgang der KMU (= Klein- und Mittelunternehmungen) ausgewirkt. Die meisten KMU arbeiten weiterhin mit Exportagenten, da sie Unterstützungsbedarf in statistischen und in Mehrwertsteuer-Belangen aufweisen. Trotz gegenseitigen Anerkennungsübereinkünften streben die meisten Firmen weiterhin die Zertifizierung ihrer Produkte auch in den Abnehmerländern an - aus

praktischen Gründen sowie aus Marketingergwägungen. Das öffentliche Beschaffungswesen verläuft keineswegs europaweit. Verwaltungshindernisse, zu knappe Fristen und illegale Diskriminierung halten Bewerber aus den übrigen EU-Mitgliedsländern fern. Die KMU haben zusätzlich Probleme, sich über die EU-Gesetzgebung zu informieren. Bemängelt wird die schwere Verdaulichkeit der aus Brüssel kommenden Informationen. (Berner Bund, 7. 9. 1994). Von den rund 14 Mio. Unternehmen in der EU sind nicht weniger als 92,7% Kleinbetriebe mit 1-9 Personen (NZZ, 1. September 1994)

Währungsunion

Die Finanzminister der 12 EU-Staaten haben sich am 19. September 1994 für eine flexible Auslegung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien über gesunde Staatsfinanzen ausgesprochen. Der Entscheid ist von Bedeutung für die Verwirklichung der Währungsunion; er erleichtert tendenziell den für frühestens Ende 1996 vorgesehenen Uebergang zu einer einheitlichen EU-Währung.

EU-Zahlungsverkehr

Eine Kommission, die von der EU-Kommission zur Ueberprüfung des Zahlungsverkehrs in der EU eingesetzt wurde, kam zum Schluss, dass sich bei der Beschleunigung und Verbilligung der Zahlungen in den letzten Jahren keine Fortschritte ergeben haben. (NZZ, 45/25: September 1994)

EU-Weinbaupolitik

Pro Jahr werden in der EU durchschnittlich 190 Mio hl Wein produziert und 154 Mio. hl davon konsumiert. Die Verwaltung (Lagerung und Verwertung) des daraus entstehenden Weinsees kostet die EU jährlich 1,5 Mrd. ECU (1 Ecu = 1,62 Franken). Die EU-Kommission schlägt deshalb Produktionsbeschränkungen vor. Die südlichen Mitgliedstaaten zeigten sich anlässlich eines ersten Agrarministertreffens nicht begeistert über diesen Vorschlag. Sie möchten den EU-Verbrauch und die Exporte steigern. (NZZ, 21. September 1994)

Befriedigende Noten für die Schweizer Wirtschaftspolitik von der OECD

Laut OECD kann die Schweiz mit weiterem Konjunkturaufschwung rechnen. Auch am Arbeitsmarkt seien Verbesserungen zu erwarten. Zugpferde der Konjunktur waren bis jetzt vor allem die Export- und Investitionsgüterindustrie, jetzt zieht auch die Konsumgüternachfrage wieder an. Die Schweizer Wirtschaft ist also voll konkurrenzfähig, liegt sie doch im internationalen Vergleich von 48 Ländern auch auf Platz 6 (TA 7.9.94,

S. 33).

Im laufenden Jahr soll sich die Erwerbslosenrate zumindest stabilisieren und 1995 deutlich sinken. Ähnlich positiv sieht es bei der Inflationsrate aus. Das kombinierte Defizit von Bund, Kantonen und Gemeinden stieg 1993 auf 16 Mrd. Fr. oder 4,5 % des Bruttosozialproduktes. TA, 9.9.94, S.33.

Autoersatzteile in der Schweiz bis 400 % teurer als in der EU

Auf Grund des kartellähnlichen Verhaltens der Autoimporteure und der Zulassungsbedingungen kommt es hierzulande zu um 20 bis 400 % überhöhten Autoersatzteilpreisen. Da im Ausland gekaufte Autos nicht gewartet werden und die hiesigen Importeure über Monopole für einzelne Marken verfügen, können diese die Preise diktieren. TA, 9.9.94, S. 35.

Schweizer Wettbewerbsfähigkeit vom "Alleingang" nicht tangiert

Die Schweiz zählt weiterhin zu den wettbewerbsfähigsten Staaten der Welt. Sie steht laut einem Index, der vom Lausanner Managementinstitut IMD und dem World Economic Forum jährlich veröffentlicht wird, an 6. Stelle (NZZ, 7. September 1994)

EU-Forschung und Nationalfonds

Die Begeisterung des Nationalfonds an der schweizerischen Beteiligung am EU-Forschungsprogramm hält sich in Grenzen. Dies hängt mit dem Spardruck zusammen, den die Beiträge von 554 Mio. Fr. auf die schweizerische Forschung ausüben. Laut Nationalfond fällt eine "enge Kostennutzen-Analyse" zuungunsten einer Beteiligung aus. Insbesondere werde die Schweiz zumindest in den ersten Jahren mehr zahlen müssen, als in Land zurückfliessen werde. Trotzdem bedingt Ja zur Beteiligung sagt der Nationalfond aus integrations- und forschungspolitischer Perspektive. Interessant sei der Zugang zu Kontaktnetzen. Brüssel entwickle sich zu einem Zentrum der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit - auch mit den USA und Japan. Der Nationalfonds will seine gedämpft positive Haltung nicht unter allen Umständen beibehalten. Wenn das Verhandlungsergebnis bezüglich der Mitspracherechte in den Forschungskommissionen unbefriedigend ausfallen sollte, will er seine positive Haltung überdenken (NZZ, 9. September 1994)

Chemische Industrie und EU-Forschung

Der Schweizerische Chemieverband (SGCI) hält von Subventionen für die Forschung und Entwicklung rundweg nichts wissen. Das führe nur zu Geldverschwendung und Wettbewerbsverzerrungen. Auch eine Mitwirkung der Schweiz am EU-Forschungsprogramm stösst beim Chemieverband auf Skepsis (NZZ, 15. September 1994)

Vorort und EU-Forschung

Der Vorort unterstützt die bundesrätliche Absicht, sich mit insgesamt 950 Mio. Fr. am Bildungs- und Forschungsprogrammen der EU für den Zeitraum 1994-1998 zu beteiligen. Gegenüber den Bildungsprojekten macht der Vorort keine Vorbehalte. In Hinblick auf die forschungspolitischen Aspekte des Kredits macht der Arbeitgeberverband aber Vorbehalte geltend. Der diesbezügliche Teil der bundesrätlichen Botschaft sei wenig sorgfältig und wenig gründlich abgefasst. "Die Aussagen bleiben vage und spekulativ". Die Weiterführung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit im bisherigen Rahmen werde ohne Begründung als perspektivlos abgetan. Der Vorort macht aber auch grundsätzliche Bedenken gegen die Forschungsförderung geltend. Einerseits sei der Einsatz von Forschungsprogrammen als staatliche Lenkungsmaßnahmen ordnungspolitisch problematisch, andererseits fehle bezüglich bisherigen EU-Forschungsprogrammen der Nachweis für die Effizienz. Trotz dieser Kritik unterstützt der Vorort die Absicht, Gelder in die EU-Forschung zu stecken, sofern die Schweiz die gleichen Rechte und Pflichten erhalte, wie sie im EWR-Vertrag vorgesehen waren. Zudem dürfen keine Konzessionen zulasten forschungspolitischer Einrichtungen in der Schweiz gemacht werden. Querverbindungen zu anderen Dossiers sind auszuschliessen, da das Bildungs- und Forschungsdossier ausgeglichen sei. Den kleinen und mittleren Firmen seien gleiche Chancen wie den Grossunternehmen einzuräumen. Die Fortsetzung der Forschungszusammenarbeit sei nach vier Jahren einer Evaluation zu unterziehen, wobei dafür bereits jetzt Kriterien festzulegen sind (NZZ, 21. September 1994)

Goldreserven und Beitritt zum EWS

Die Auswirkungen eines schweizerischen EU-Beitritts auf die Währungsreserven und die Goldbestände der Nationalbank hängen davon ab, ob die Schweiz der EU in einem Zeitpunkt beitrifft, in dem 1) das Europäische Währungssystem (EWS) oder bereits 2) die Europäische Währungsunion in Kraft ist. Bei einem Beitritt zum EWS hätte die Schweiz 20% ihrer Goldbestände und 20% ihrer Bruttoreserven in Dollars beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) zu hinterlegen. Der EFWZ würde ihr den entsprechenden Betrag in ECU gutschreiben. Die beim EFWZ hinterlegten Reserveaktiva werden periodisch zum Marktwert bewertet, damit die Hinterlegung beim EFWZ immer mindestens 20% der eigenen Reserven in Gold und Dollars entspricht. Im Falle eines Beitritts zur Europäischen Währungsunion wären die Verhältnisse weniger klar. Zahlreiche Einzelheiten des Uebergangs zur Währungsunion sind noch offen. (Aus einem Brief der Schweizerischen Nationalbank an die Finanzkommission des Nationalrates, 4. November 1992).





-----Kurzinfos/Frauen-Pressedienst-----

25 % weibliche Abgeordnete im EU-Parlament

"Frauen wählen. für mehr Gleichgewicht in der Gesellschaft stimmen" lautete der Slogan der umfangreichen Kampagne des Netzes "Frauen in Führungspositionen" zur EU-Wahl 1994. Im Mittelpunkt stand dabei der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Die Frauen besetzen nun einen Viertel der Sitze im neuen Parlament. Dies ist ein deutlicher Zuwachs gegenüber den Wahlen von 1989, bei denen die Frauen nur einen Fünftel der gewählten Abgeordneten stellten. Das Parlament ist damit der Parität einen deutlichen Schritt näher gekommen, wenn sie auch noch nicht erreicht ist. Alle Mitgliedstaaten der EU werden in Straßburg durch mehr Frauen vertreten sein als 1989. Den höchsten Frauenanteil verzeichnete Dänemark mit 43,7 %. Während fünf Länder die 30 %-Grenze überschritten haben (B. D. L. H.), war der Frauenanteil für Portugal und Italien stark rückläufig.

Frauen an EU-Hochschulen

Eine kürzlich erschienene HIS-Studie zur Hochschulpolitik in der BRD, F. GB und H zeigt, dass die Studierfreudigkeit von Frauen in allen vier Ländern gestiegen ist: In Frankreich z.B. nahmen Frauen schon seit 1975 häufiger als Männer ein Hochschulstudium auf als Männer. Ähnlich verhielt es sich in Holland. In beiden Ländern findet allerdings die Ausbildung zu einer Reihe von Heilhilfeberufen an Hochschulen statt. In GB nahmen 1985 etwa 15 % der Männer und 10 % der Frauen der entsprechenden Altersjahrgänge ein Studium an den Hochschulen auf. 1991 erreichte der Stand der Studienaufnahmequote (26 %) eine Steigerung um 73 %; bei Britinnen, die 1991 zu 24 % ein Studium aufnahmen, sogar um 140 %. Auch in der BRD haben Frauen ihre Hochschulzugangquote in den anderthalb Jahrzehnten bis 1991 erheblich gesteigert.

Der Frauen-Pressedienst erscheint monatlich, im Europa-Magazin werden wir jeweils eine Auswahl von Artikeln, die im Zusammenhang Schweiz-EU-übriges Europa stehen, publizieren. Vollständig zu bestellen bei: Frauen-Pressendienst, Lehenstr. 59, CH-8037 Zürich, 01/273 03 34

-----Kurzinfos/Verschiedenes-----

Volksinitiative für EU-Beitritt

Die Bewegung "Geboren am 7. Dezember 1992" beabsichtigt, an ihrer Generalversammlung im Dezember eine Diskussion über die Frage, ob sie mit einer zweiten Volksinitiative den direkten Beitritt zur EU anstreben will. TA 3.9.94, S.7.

Am 29.9. meldete die Basler Zeitung aber bereits, dass dieser Plan verworfen wurde. War das ganze somit nur ein effizientes Techtelmechtel, um in die Medien zu gelangen und sich dadurch als Organisation in Erinnerung zu rufen?

EU-Rosinenpickerei

Die EU - willfähige Exekutive der Lastwagenlobbies tut sich mit den schweizerischen Vorschlägen zur Umsetzung der Alpeninitiative schwer. Dies umso mehr, als einzelne Länder versuchen, im Luftverkehr ihre nationalen Fluggesellschaften zu schützen und zu subventionieren. Durch das Verlangen nach weiteren Präzisierungen zur Alpeninitiative - offensichtlich ist dieses Verlangen beliebig interpretierbar - kann auf Zeit gespielt werden.



Nei til EU

"Kerneuropa" gegen den Zerfall der EU

Unter dem bescheidenen Titel "Überlegungen zur europäischen Politik" hat die CDU/CSU-Fraktion in Bonn eine Studie herausgegeben, die eine EU-weite heftige Debatte ausgelöst hat. Ein "Kerneuropa", das zunächst nur die BRD, Frankreich und die Benlux-Staaten umfasst, soll die ins Stocken geratene Integration der EU wieder in Gang bringen. Damit soll die schleichende Verwandlung der EU in eine "gehobene Freihandelszone" verhindert und eine Basis geschaffen werden, damit sich die EU ohne Substanzverlust nach Osten öffnen kann. Die deutsche Regierung, Teile der Opposition sowie die veröffentlichte Meinung reagierten auf diese Vorschläge distanziert.

Helmut Kohl tat, als ob er nicht informiert gewesen sei, was alle KennerInnen der Beziehungen in seinem Umfeld als wenig glaubhaft bezeichnen. Der beleidigte Berlusconi wurde von Kohl persönlich am Telefon mit dem Hinweis getröstet, es habe sich nur um einen Diskussionsbeitrag gehandelt.

"Die Zeit" bezeichnete die Diskussion als "Eine nützliche und notwendige Kontroverse" und hebt hervor: "Deutschland kann nur im EU-Verbund europäische Politik mitgestalten, ohne Ängste zu wecken." Die EU der zwei Geschwindigkeiten ist im Vertrag von Maastricht ausdrücklich sanktioniert: "Nicht alle EU-Staaten

werden Ende des Jahrzehnts bereit und fähig sein, der Währungsunion beizutreten. Nicht alle sind von der Notwendigkeit engerer verteidigungspolitischer Zusammenarbeit überzeugt. Nicht alle wünschen sich in einer erweiterten EU einen effizienten und demokratischen Entscheidungsprozess; einige erhoffen sich vielmehr gerade Stillstand und Renationalisierung. Da bietet das Konzept der "zwei Geschwindigkeiten" einen Ausweg: wer schleichen will, soll das tun, aber ohne die anderen, die voraneilen wollen, aufzuhalten."

Dieser Kommentar versucht herunterzuspielen, in welchem Ausmass der Vorschlag der CDU-Gruppe eines der Fundamente der bisherigen EG/EU in Frage stellt. Bisher konnten einzelne Staatsgruppen in der EU in Bereichen, die durch den EWG-Vertrag geregelt waren, nur weiter als die anderen gehen, wenn alle damit einverstanden waren. Einer der Hauptgründe mancher Staaten, der EG beizutreten, bestand denn auch im Ziel, allzu weitgehende Blockbildung, die man als Bedrohung empfunden hätte, verhindern zu können. Der CDU-Vorschlag stellt somit durchaus die Fundamente der EU in Frage. TA 7.9.94, S. 2, Die Zeit, 9.9.94 S. 1, Süddeutsche Zeitung, 5.9.94, S. 2.

Lobbying in der EU

Lobbying in der EU ist gewöhnlich erfolgreich. Zu diesem Schluss kommt ein Buch, das neulich zum Thema erschienen ist. Die Autoren untersuchten 14 Fälle und entdeckten, dass in 13 dieser Fälle die Multis die EU-Gesetzgebung durch Lobbying zu ihren Gunsten beeinflussen konnten. Lobbying verlangt dabei eine guten Plan. "Das Aufstellen und Ausführen eines solchen Planes verlangt klare Ziele, langfristiges Handeln, gute Kenntnisse, wie die Institutionen arbeiten, und genaue Ueberwachung des Entscheidungsprozesses von Anfang bis Ende". Dass bei diesen Ansprüchen die Erfolgchancen für Bürgerbewegungen eher schlecht sind, versteht sich. (Robin Pedler/Rinus van Schednelen (Hrsg): Lobbying the European Union, Dartmouth, Aldershot, 1994)



Tiertransporte

Jährlich werden lebende Tiere in der ganzen EU herumgekarrt. Dabei wäre es naheliegend, die Tiere in Mastortnähe zu schlachten und das Fleisch erst dann zu verteilen. Kühltransporte sind aber teurer als Lebendtransporte. Zudem fördert die EU-Agrarpolitik mit ihren Subventionen Gelegenheiten zum Absahnen. Die EU subventioniert lebende Rinderexporte mit 1000 DM pro Rind. Insgesamt werden in der EU 300 Millionen DM ausgegeben, um lebende Tiere herumzukarren - unter Bedingungen, die jeglicher Beschreibung spotten (NZZ, 14. September 1994).

Gentechnik

Die bisherige Regulierung der Gentechnologie in der EU war restriktiver als die Japans und der USA. Seit einiger Zeit sind in der EU allerdings "Liberalisierungsbestrebungen" im Gange. Von Deutschland und England werden Standortnachteile ins Feld geführt. Die Kommission trägt den zunehmenden Kritiken Rechnung und kündigte eine kritische Ueberprüfung der bestehenden Richtlinien an. Im Weissbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" vom Dezember 1993 wird die Bio- und Gentechnologie als Zukunftstechnologie erwähnt.

EU-Richtlinie über europäische Betriebsräte

Gemeinschaftsweit operierende Unternehmen ab 1000 Mitarbeitern, die in mindestens zwei Mitgliedstaaten mindestens je 150 Arbeitskräfte beschäftigen, müssen Betriebsräte zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer zulassen. Mindestens einmal im Jahr, bei aussergewöhnlichen Ereignissen, oder auf schriftlichen Antrag von 100 Arbeitnehmern aus mindestens zwei Betrieben in zwei Mitgliedstaaten werden ausgewählte Vertreter der Arbeitnehmer über den Gang des Unternehmens oder der Unternehmensgruppe *orientiert und angehört*. Die Richtlinie muss bis Anfang 1997 in nationales Recht umgesetzt werden. Ab diesem Zeitpunkt haben die betroffenen Unternehmen eine dreijährige Umsetzungsfrist. Grossbritannien machte bei der Verabschiedung dieser Richtlinie zum ersten Mal von der Möglichkeit gebraucht, sozialpolitische Beschlüsse der EU für sich zu ignorieren. Die EU-Richtlinie steht in der EG/EU seit zwanzig Jahren auf der Traktandenliste (NZZ, 23. September 1994). Undemokratische Entscheidungsstrukturen garantieren somit nicht schnelle Entscheide.

Der Dänische Aussenminister zur direkten Demokratie

Der dänische Aussenminister Niels Helveg Petersen spricht sich für die Ausweitung der direkten Demokratie in Dänemark aus. Unter anderem fordert er die Einführung des Rechtes auf Volksinitiativen. Gegenüber der Einführung von direkter Demokratie auf europäischer Ebene bleibt er hingegen skeptisch. Er führt dafür zwei Gründe an. Nähe und Ueberschaubarkeit sind wichtige Elemente der Demokratie, die auf europäischer Ebene bedroht sind. Zudem sei nicht sicher, ob die verschiedenen Bevölkerungen die Legimitimät von Abstimmungen anerkennen, wenn sie selber die Vorlage ablehnen. Petersen anerkennt dabei das Demokratiemanko der EU. Er gehörte selber in Dänemark der sogenannten "Marktkommission" des dänischen Parlamentes an. Diese Kommission muss von jedem Minister kontaktiert werden, bevor er eine Reise zu den EU-Ministerräten ausführt. Dadurch bleibt ein gewisser

Einfluss des dänischen Parlamentes auf die EU-Politik der dänischen Minister gewahrt (NZZ. 4. Oktober 1994).

Entbürokratisierung

Die EU-Kommission schuf eine Kommission unter deutscher Leitung, die Vorschläge zur Entbürokratisierung der Gemeinschaft vorlegen soll. Voraussichtlich werde die Kommission rund anderthalb Jahre brauchen, um ihren Bericht mit Verbesserungsvorschlägen vorzulegen. (NZZ. 45/25: September 1994)

Kompetenzüberschreitung

Laut einem Urteil des EU-Gerichtshofes vom August darf die EU-Kommission keine wettbewerbsrechtliche Abkommen mit Drittstaaten abschliessen. Dies sei Sache des Ministerrates. Das Urteil des EU-Gerichtshofes war von Frankreich, Spanien und den Niederlanden angestrebt worden, weil die EU-Kommission am 32. September 1991 ein Abkommen mit den USA geschlossen hatte, das unmittelbar in Kraft trat. Mit dem Urteil wurde der Inhalt des Abkommens nicht in Frage gestellt, da die Rekurrenten gegen diesen nichts einzuwenden hatten. Zur Diskussion standen nur die Vertragsabschlusskompetenzen (NZZ. 10. 8. 1994).

Medienpolitischer Ausflug gestoppt

Auf Betreiben des EU-Parlamentes widmete sich die EU-Kommission der EU-Medienlandschaft, um zum Schluss zu kommen, dass die Presse-Vielfalt in der EU nicht gefährdet sei. Die Kommissare Vanni D'Archirafi und Bangemann unterbreiteten jedoch einen Richtlinienvorschlag, der die Investitionsbedingungen im Medienbereich harmonisieren soll. In den verschiedenen EU-Ländern gelten nämlich unterschiedliche Regelungen zum Schutze der Pressevielfalt. In den Niederlanden dürfen Zeitungsverlage mit Marktanteilen von 25% keine Fernsehsender erwerben. In GB gibt es überhaupt keine diesbezüglichen Konzentrationsbeschränkungen. Der Vorstoss der beiden Kommissare wurde schon in der Kommission mit dem Hinweis auf "Subsidiarität" abgeblockt. (NZZ. 28. September 1994).

Fairer Handel

"Die EU subventioniert nach wie vor ihre Rindfleischüberschüsse und ruiniert mit ihren verbilligten Exporten in Westafrika die einheimische Fleischproduktion." (Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Pf 6735, 3001 Bern)

VCS warnt erneut vor 44-Tonnen-Lastwagen



In der Folge des Transitsvertrages werde eine schlechende Aufweichung der 28-Tonnen-Limite in die Wege geleitet. Damit besteht die akute Gefahr, dass

Europakardiogramm, Vierteljahreszeitschrift der "Kritische Europa Informationen" in Wien. Die österreichische Zeitschrift deckt ein ähnliches Spektrum ab wie das Europa-Magazin. Die Nummer 4/31 kann beim Forum zur Ansicht bestellt werden. Abonnente sind zu bestellen bei: EKG. Kritische Europa Informationen, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien. (Tel ++43-1/53 51 106; Fax: ++43-1/53 27 416)

44-Tonnen-Lastwagen über kurz oder lang in der ganzen Schweiz verkehren. TA 20.10.94

Die Festung Europa schliesst ihre Tore

Für 160 000 ArbeitnehmerInnen aus den EFTA- und EU-Ländern gibt es Arbeitsbewilligungen in der Schweiz. Zum letzten Male noch für ArbeiterInnen aus andern Ländern, die dieses Jahr bereits hier arbeiteten. Ab 1996 gibt es nur noch Ausnahmen für Härtefälle, denen die Kantone auf Kosten ihres AusländerInnenkontingents Jahresbewilligungen erteilen können. Dann tritt das Drei-Kreis-Modell in Kraft: für Menschen, die nicht im innersten Kreis, d.h. in EFTA- oder EU-Ländern geboren sind oder dort die StaatsbürgerInnenenschaft erhielten, wird die Schweizer Grenze geschlossen. Dies hilft den EU-/EFTA-Ländern die Arbeitslosigkeit zu senken, doch die Unterschiede zur übrigen Welt werden immer grösser. (Wir riefen ArbeiterInnen, es kamen Menschen. TA 19.10.94 S. 7)

BR Koller zum Endziel EU-Beitritt

In einem Vortrag an der Hochschule St. Gallen distanzierte sich der Bundesrat Koller vom EU-Beitrittsziel, das der Bundesrat auf Betreiben Cottis in seinem aussenpolitischen Bericht "Die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren" vom 29. November 1993 (Form 201.33d) aufgenommen hatte. Koller meinte, allen Regierungserklärungen und Berichten zum Trotz, werde sich das Volk in absehbarer Zeit von oben nicht überzeugen lassen, dass es der EU beitreten müsse. (Bund, 16. September 1994).

Waffenexporte nach Jugoslawien

Die Schweiz steht laut den neuesten Zahlen weltweit auf Rang vier aller Länder, die in den letzten zwei Jahren Kriegsmaterial nach Ex-Jugoslawien exportiert haben. Nur die GUS, Deutschland und die Slowakei haben in diesem Zeitraum mehr Waffen ins ehemalige Jugoslawien exportiert. (Jane's Defence Weekly, Global Update no 1, August 1994; Friedenspolitik, September 1994). Die offiziellen Stellen bei uns schauen zu. Wohl damit wir wissen, was der Bundesrat unter europäischer Solidarität versteht.



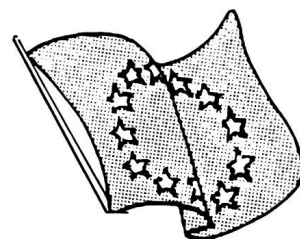
drapeaux qui flottent

La Commission de l'UE a budgeté pour les années 1990, 1991 et 1992 14,6 Mio d'ECU en vue de "garantir l'image communautaire" (jargon bruxellois) lors des jeux olympiques de 1992 à Albertville et à Barcelone. Cela constitue une somme d'environ 23,65 millions de francs. On voulait surtout renforcer l'idée de "double appartenance" des athlètes et promouvoir l'utilisation du drapeau de la Communauté lors la remise des médailles. Cette intention s'est cependant brisée sur la résistance de plusieurs comités olympiques nationaux de pays membres. En plus, la CE voulait faire passer l'idée de la Communauté comme terre d'accueil des jeux. Ce but s'est heurté au fait que le comité international olympique n'attribue pas les jeux à l'Europe ou à un pays, mais, selon la charte olympique, à une ville et, exceptionnellement, à une région. La Commission parvint tout de même à faire flotter le drapeau "européen" à côté des drapeaux des pays membres.

La Cour des Comptes de l'UE n'a pas critiqué dans son rapport de 1993 (p 376-377) l'idée de la publicité communautaire en tant que telle. Elle désapprouve cependant nettement le mode d'attribution des travaux et conteste l'efficacité de l'action. Un petit échantillon peut jeter un peu de lumière sur certains comportements qui semblent être courants à Bruxelles. La Commission a conclu avec une agence de publicité dans le cadre de l'action olympique un contrat portant sur 4,1 millions d'ECU. La Cour des Comptes retient: "Alors que les quatre autres soumissionnaires de l'appel d'offres n'étaient informées de l'intention de la Commission de mener une campagne d'information et de relations publiques qu'à la date du 16 avril 1991 et invités à participer à l'appel d'offres que le 23 mai 1991, avec en délai de 19 jours calendrier, l'agence adjudicataire, par contre, était déjà informée de la stratégie de la Commission depuis décembre 1990, elle connaissait l'allocation budgétaire (6 février 1991) et le texte de l'appel d'offres, avant les autres soumissionnaires" (page 377).

Puisque la Cour des Comptes n'est pas composée d'une bande d'"euroseptiques", elle ne fut pas satisfaite du manque d'efficacité de l'action publicitaire de la Commission. "En effet, la charte olympique ne permettant aucune manifestation politique, la présence visuelle de la Communauté ne pouvait être que symbolique et, donc, l'impact dépendait de la bienveillance des commentateurs des chaînes de télévision." La Commission ne fut pas d'accord avec cette critique: "Quant au caractère symbolique de la

présence visuelle de la Communauté dans la cérémonie, il convient de le considérer au contraire comme un atout. En effet, les symboles utilisés pour marquer la présence communautaire - le drapeau et l'hymne européens - étaient parfaitement appropriés dans le cadre d'une action "grand public" dirigée vers des millions de téléspectateurs. Qui plus est, cette présence s'est située pendant la partie artistique de la cérémonie, laquelle a le plus d'impact auprès des spectateurs et des téléspectateurs." (p 382). et "Il ne peut être reproché à la Commission que la communication du message communautaire pendant les cérémonies dépendait de la bienveillance des commentateurs; dans une démocratie, la presse est un organe libre" (p. 382) (pr)



Utopie blessée ou indésirable? Une publication du Monde Diplomatique contient quelques articles intéressants sur le déficit social de l'Europe de l'UE. A relever "La Cour de justice pour le travail de nuit des femmes" par Corinne Gobin, Université libre de Bruxelles, et "Cohésion sociale et emploi victimes du libre-échange" de Bernard Cassen. (Manière de voir 22: le Monde diplomatique, Europe, l'Utopie blessée, Mai 1994.)

Solidarité européenne: "L'Afrique noire est aussi un espace de déversement des surplus agricoles européens. L'aide de la CEE à l'Afrique, lieu des concurrences européennes, trouve une unité d'action dans l'aide alimentaire et l'écoulement de stocks inconsommables en Europe. La contradiction entre le discours européen sur la solidarité avec "son" Sud, l'Afrique, et des pratiques destructrices de l'économie vivrière africaine ne fait encore l'objet que de la dénonciation des ONG." (Thérèse Pujolle, "L'Afrique noire", Paris, Flammarion, 1994, p. 114).

Rectification: Le jugement de la Cour de justice de l'UE ne concernait pas le PCB, mais le PCP. Dans le numéro suivant, nous donneront des informations supplémentaire sur l'affaire du PCP (voir article en allemand).

554 millions de francs pour la recherche de l'UE

Encore un "prix d'entrée"?

Quand la votation sur les NLFA était à l'ordre du jour, on avouait à Berne qu'on n'avait pas besoin de ces deux trous (financier) pour le trafic suisse, mais qu'ils seraient le prix d'entrée à l'EEE et à l'UE et que "nous" obtiendrons en revanche une offre sérieuse pour la coopération dans le domaine du trafic aérien, bref: Les 15 milliards (ou peut-être plus) seraient la porte s'ouvrant large sur le monde. Ce qui se passe actuellement par rapport aux 554 millions de francs qu'on veut investir dans la recherche de l'UE est tout à fait similaire. Après quelques protestations de la recherche fondamentale suisse, exprimé par plusieurs prix Nobels, on a avoué que le but de cet investissement n'était pas la participation des chercheurs suisses aux programmes de recherche de l'UE, mais que le demi-milliard de francs était le prix d'entrée pour que les négociations bilatérales imminentes puissent effectivement commencer. Cela crée l'impression que Bruxelles est un parc de divertissement à la Disneyland, où il faut d'abord payer pour la place de parking, ensuite pour l'entrée et finalement pour chaque attraction. On peut en effet supposer que les différents traités bilatéraux, dont on ne voit encore rien de précis, auront leur prix.

Le Fond National a fait comprendre aux chercheurs suisses qu'ils recevront à l'avenir moins d'argent de Berne et qu'ils devront envoyer leurs demandes à Bruxelles, s'ils veulent vivre comme jusqu'à présent de la recherche. Même si on décide d'envoyer le demi-milliard à Bruxelles, on ne peut savoir si les chercheurs suisses en recevront quelques miettes. Bruxelles décidera de la distribution de cet argent. Cela n'est pas mauvais a priori, mais il faut être sûr qu'en pratique l'argent est versé pour faire avancer la recherche et non pas pour s'acheter des sympathies à Bruxelles. Il faut

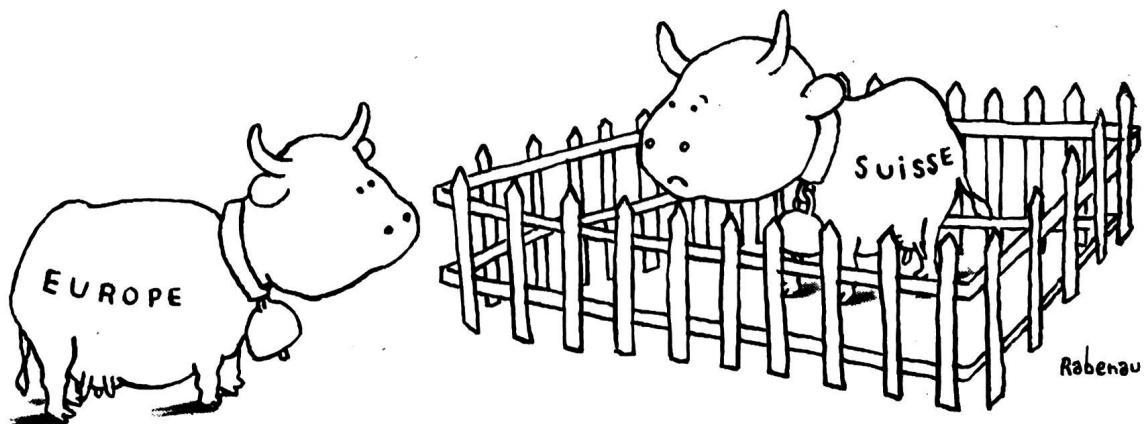
vérifier si ce flot d'argent ne sert pas avant tout à élargir le pouvoir de Bruxelles.

Une planification sérieuse de la recherche suisse n'est plus possible pour le moment. Les incertitudes à court terme sont trop nombreuses. L'exemple du programme de recherche sur l'environnement du Fonds National le montre clairement. La première période de versements de fonds se termine à la fin 1995. L'appel aux offres pour la deuxième période sera publié en janvier 1995 et les projets devront être approuvés en été. Il reste cependant incertain, que la coopération Suisse-UE dans le domaine de la recherche pourra avoir lieu et si tel est le cas, on ignore dans quelle mesure les chercheurs suisses pourront compter sur le soutien bruxellois à leurs projets. Il est peu probable que cela soit plus clair en été 95. Le Fonds National doit alors prendre des décisions sur la recherche environnementale des quatre années à venir sans savoir ce qui se passera avec le demi-milliard qui doit s'en aller vers Bruxelles. La recherche dans ce domaine n'a d'ailleurs pas coûté un dixième de cet argent.

Les conséquences graves de ces insécurités résident dans le fait que la politique de recherche suisse se dégrade en une gestion d'urgence à très court terme et qu'elle s'oriente davantage selon la politique européenne jugée opportune par le Conseil Fédéral que selon les besoins de la recherche.

Celui qui désire que le *magazine* réponde à des questions spécifiques concernant le chaos dans le domaine de l'argent consacré à la recherche peut nous les envoyer par écrit. Nous continuerons nos recherches.

la rédaction



fomenter la claustrophobie

Vereinsinternes

Bericht von der ausserordentlichen GV vom 29. September 1994 in Olten

Der neue Name: In effizienter, demokratischer Ausmarchung wurde folgender Name gewählt:

In Zukunft werden wir an dieser Stelle berichten, was derzeit im Forum aktuell ist. Es werden die Daten der nächsten Vorstandssitzungen angegeben. Diese sind jeweils öffentlich. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Vereinsadresse:

Forum für direkte Demokratie,
Postfach 1883, 8048 Zürich

Forum für direkte Demokratie

EU-kritisch, ökologisch, sozial

Vorstand: SP-Nationalrat Hans Steiger zieht sich aus dem Vorstand zurück. Mit den Zielen des Forums ist er immer noch einverstanden. Er führte persönliche Gründe für seinen Schritt an. Wir danken ihm herzlich für seine Mitarbeit, die mit seinem Austritt aus dem Vorstand zum Glück nicht beendet ist. Beim Traktandum "Vorstandserweiterung" zeigte sich, dass es immer noch Leute gibt, die bereit sind, Energie und Zeit für die Ziele des Forum einzusetzen. Folgende drei Personen stellten sich für den Vorstand zur Verfügung und wurden einstimmig gewählt: Avji Sirmoglu, Ursus Schwarz und Matthias Rot. Avji Sirmoglu war bereits Gründungsmitglied des Forums und vorübergehend Mitglied des Vorstandes.

Vorstandssitzungen: Die nächste Vorstandssitzung findet in Bern im Bundeshaus statt:

Datum: 1. Dezember 1994, 19⁰⁰ Uhr, Hauptportal

Nur wer pünktlich ist, wird Einlass finden. Wer voraussichtlich zu spät kommt, sollte sich vom Forum eine Einladung zuschicken lassen.

Zum neuen Namen: Der neue Name stellt eine Anpassung an die veränderte Situation dar, denn die Frage "EWR- oder EU-Beitritt" stellt sich in nächster Zeit kaum (siehe den Artikel "EU-Patt" in der letzten Nummer). Der neue Name legt zudem den Akzent auf einen der Hauptgründe unserer EU-Skepsis. Schliesslich ist er topaktuelle, da die direkte Demokratie vermehrt von wirtschaftsliberalen und elitistischen Kreisen in Frage gestellt wird. Es gilt diese Errungenschaft der Aufklärung gegen Kritiker zu verteidigen, die nur auf eigenen Machtzuwachs und die ungehinderte Durchsetzung ihrer Interessen aus sind.

Der neue Akzent im Namen deutet nicht auf eine Richtungsänderung der Vereinsaktivitäten hin. Wir werden uns auch künftig vor allem der kritischen EU-Information unter sozialen, ökologischen und demokratiepolitischen Gesichtspunkten widmen, und wir wenden uns immer noch gegen einen Beitritt der Schweiz zur realexistierenden EU. Dies war ja das Thema, das die Gründungsmitglieder des Forums zusammengebracht hat und das auch weiterhin den Existenzgrund dieses Vereins darstellt.

Die Produktion des Europa-Magazins kostet. Deshalb möchten wir alle, die es seit einiger Zeit kostenlos erhalten, bitten, Mitglieder des Forums zu werden oder ein Abonnement zu bezahlen.

Wir brauchen Mitglieder und Abonnenten: Die beste Werbung ist die Mund-zu-Mund-Propaganda. Wenn Sie etwas für uns tun wollen... Möchten Sie eine Regionalgruppe gründen? Melden Sie sich bei uns!

Wer möchte das Europa-Magazin verkaufen? (Verkaufspreis 4.- Fr., 2 Fr. können selber behalten werden)

In nächster Zeit wollen wir vermehrt Werbung für neue Mitglieder und Abonnenten machen, um unseren Aktivitäten eine gesunde finanzielle Basis zu geben. Doch Werbung kostet Geld, da wir insbesondere Inserate in geeigneten Zeitungen plazieren wollen. Wir suchen Personen, die in eine soziale und ökologische

Demokratie, in dezentrale politische Strukturen in Europa und damit in ein **weltverträgliches**

Europa investieren wollen.

Im übrigen möchten wir herzlichen allen danken, die uns bisher ideell oder finanziell unterstützten.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

europa magazin

Forum

für dezentrale politische Strukturen in Europa
für direkte Demokratie

für **EU-Kritik**

Für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

Gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht

Für breit abgestützten Umweltschutz

Für eine globale ausgewogene Entwicklung

Gegen 2/3-Gesellschaft

Gegen die neoliberale Dampfwalze

Für Kooperation statt Zentralisation.

Redaktionsadresse:

Europa-Magazin

Pf 1883

8048 Zürich